

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Beschäftigte, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigipaltiger Partie-Zelle 50 Pig., für die Zahlstellen 30 Pig.

Zwei Weltanschauungen.

I.

In dem päpstlichen Rundschreiben an die deutschen Bischöfe vom 24. September 1912 wird die Forderung aufgestellt, daß alle Katholiken sowohl im privaten als auch im gemeinsamen und öffentlichen Leben mit Entschiedenheit festhalten sollen an den vom Lehramte der katholischen Kirche dargelegten Grundsätzen der christlichen Wahrheit. Als solche Grundsätze werden im besonderen genannt: „Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen; er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinorbnen. Alle seine Handlungen aber, insoweit sie gut oder bös in sittlicher Hinsicht sind, das heißt insoweit sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteil einer Richter amte der Kirche unterworfen. Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, Verdie Lohnzahlung, über den Arbeiter, ist sind rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denken zu zählen, die mit Hintertreibung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion selbst gelöst werden muß.“ Und in dem Begleitschreiben der Bischöfe lesen wir den Satz: „Die Befolgung dieser Weisungen wird es ermöglichen, daß die katholischen Arbeiter stets der fundamentalen Pflicht des katholischen Christen treu bleiben, alle irdischen Handlungen hingegen auf das ewige Ziel und lieber alles opfern, als ihren heiligen Glauben und ihr Seelenheil in Gefahr zu bringen.“

Es ist bezeichnend für den Geist, der Papst und Bischöfe bejeckt, daß sie die vorstehenden Weisungen nur an die Adresse der katholischen Arbeiter richten, während es ihnen noch niemals eingefallen ist, auch die katholischen Handwerksmeister, Fabrikanten, Bauern, Großgrundbesitzer, Kaufleute, Zeitungsverleger, Rechtsanwälte usw. mit ihren väterlichen Ermahnnungen zu erfreuen. Diese Leute würden sich solche Moralpredigten auch schön verbitten, wahrscheinlich würden sie gar den Spieß umdrehen und den Herren Oberpriestern den Rat geben, vor ihrer eigenen Tür zu fehren. Die Tatsache, daß man den Arbeitern allein, nicht aber den Angehörigen der Mittel- und Oberschichten eine derartige Akanzelung zu bieten wagt, zeigt deutlich den kapitalistisch verachteten Charakter des modernen Christentums katholischer Farbung. Sie mühte eigentlich genügen, die katholischen Arbeiter und ihre christlichen Brüder aus dem andern Lager zu veranlassen, den ungebetenen Ratgebern mit höflicher Entschiedenheit die Tür zu weisen. Aber leider, leider ist der Mangel an Selbstbewußtsein in diesen Arbeiterschichten so groß, daß sie kaum eine Empfindung haben für die Behandlung, die man ihnen angebieten läßt. Und die führen hütten sich wohl, dieses Bewußtsein zu pflegen, sind sie doch selbst, die einstmals den Bischöfen ein Ohr zuzuschen wollten, vor dem Horn der kirchlichen Autoritäten ins Mauseloch gestochen. Da dürfte es wohl angebracht erscheinen, die in der päpstlichen und bischöflichen Rundgebung vertretene Auffassung einmal von grundhäßlichen Gesichtspunkten aus zu untersuchen. Handelt es sich doch im Grunde genommen um eine Weltanschauung, die ihre Wurzeln im Mittelalter hat und die in einem schroffen Gegensatz steht

zu der Weltanschauung des modernen Proletariats.

Bekanntlich verlegt das katholische Christentum den Schwerpunkt des menschlichen Daseins ins Jenseits, während es das Diesseits nur als eine Vorbereitung auf das bessere Jenseits betrachtet. Die Erde ist ein Pilgerort, das Leben ist nur eine Pilgerreise in die ewige Heimat — in diesem mittelalterlichen Bildertritt tritt die christ-katholische Auffassung deutlich zur Geltung. Dementsprechend fordert auch Papst und Bischöfe, daß der katholische Christ, daß heißt der katholische Arbeiter, sein Tun und Lassen im Hinblick auf das höchste Gut und das letzte Ziel hinlenken und zur Erreichung dieses Ziels auch vor dem größten Opfer nicht zurücktreten. Wie dies der Katechismus in seinem ersten Satze kurz und erbaulich ausdrückt, indem er sagt, der Mensch sei auf Erden, um Gott zu erkennen, ihn zu lieben, ihm zu dienen und dadurch in den Himmel zu kommen. Selbstverständlich gilt dies nur für den katholischen Arbeiter, dem immer wieder empfohlen wird, alles zu opfern, und auf alle Annehmlichkeiten des Lebens zu verzichten, weil er im besseren Jenseits für seine Entzagung belohnt werde. „Du christlicher Arbeiter,“ so heißt es in der Schrift eines katholischen Geistlichen, „sollst nicht nach den Läden der reichen Leute sehen und neidisch auf die feinen Speisen blicken, sondern du sollst mit deiner einfachen Speise zufrieden sein, denn im Himmel wirst du alleonne und Seligkeiten genießen. Du christlicher Arbeiter sollst dich nicht über die lange und schwere Arbeit beklagen, sondern du sollst bedenken, daß die Erde zur Arbeit und die Ewigkeit zur Ruhe bestimmt ist!“ Und noch vor kurzem hat ein Jesuitenpater Cohaus in Cöln den katholischen Arbeitern in einer Versammlung erzählt: „Der katholische Arbeiter arbeitet für den unendlichen Gott, das ist seine Größe und Würde. Hat er am Ende seines Lebens auch keine Millionen erworben, so ist er doch eins geworden: ein wahrer Edelmann. Der wahrhaft christliche Arbeiter, von der Gnade durchweht, summelt Gnade. Jede Stunde, jedes Werk wird eine neue Stufe seiner Himmelsleiter!“ Warum, so fragen wir noch einmal, hält man solche Mahnreden nicht den Angehörigen der Ober- und Mittelschichten, damit auch diese ihre Arbeit um Gottes willen und im Hinblick auf die Vergeltung im Jenseits verrichten. Ein katholischer Großagrarier, der durch die Zoll- und Steuerpolitik Billionen aus den Taschen der Arbeiter bezieht, würde sich keine Augen machen, wenn man ihn mit solchen salbungsvollen Worten andete, ein katholischer Unternehmer würde höhnisch über derartige Salbadeteien lachen. Aber die untersten Schichten des Volkes, denen ein besseres Dasein im Diesseits sehr wohl zu gönnen wäre, spricht man ab mit einem Wechsel auf das Jenseits und macht ihnen das Diesseits wirklich zu einem Jammertal. In den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung besaßen die katholischen Sozialpolitiker vom Schlag eines Bischofs Ketteler noch den Mut, auch den Besitzenden ins Gewissen zu reden und sie an ihre Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung zu erinnern. Das ist heute längst vorüber, heute deckt der offizielle Katholizismus die Volksaustäuberung und Volksausbeutung mit dem Mantel der Liebe zu und unterstützt noch obendrein die frommen Leute, die sich auf Kosten der großen Massen Reichtümer erwerben und ein Leben in Freude und Wollust führen, während er den armen Lohnarbeiter Enttäuschung und Zufriedenheit predigt. Wenn man so etwas sieht, so getötet das Blut in Wallung, und die Empörung lodert hoch empor. Eher ist es nicht eine Dreistigkeit sondergleicher, um nicht einen härteren Ausdruck zu gebrauchen, daß Papst und Bischöfe, die niemals die Not des Volkes am eigenen Leibe erkannt haben, die Arbeiter zur Zufriedenheit ernähren, da doch alle Welt,

und nicht zum mindesten auch die Geistlichkeit, nach einer besseren Lebenshaltung strebt und das Jenseits eben Jenseits seit sich läßt?

Aber hier scheidet sich die moderne sozialistische Weltanschauung von der mittelalterlich-kirchlichen Auffassung über den Zweck des Lebens. Wir Gegenwartsmenschen lassen die Frage, ob es ein Jenseits gibt, vorsichtig aus dem Spiele, weil wir darüber nichts bestimmtes sagen können, aber wir beschäftigen uns besto mehr mit dem Diesseits, dessen Bedeutung wir kennen. Unsere Mutter Erde wollen wir aus einem Jammertal zu einer Stätte des Glücks und der Freude machen, eingedenkt des Rieschewortes: „Meine Brüder, ich beschwöre euch, bleibt der Erde getreu und glaubt denen nicht, die euch von überirdischen Hoffnungen reden!“ Und auch zu des Goethewort erinnern wir uns: „Das Übel kann mich wenig kümmern, schlägst du erst diese Welt zu Trümmern, die andre mag danach entstehen. Aus dieser Erde quellen meine Freuden, und diese Sonne scheint meinen Leiden, kann ich mich erst von ihnen scheiden, dann mag, was will und kann, geschehn.“ So sprechen wir auch zu unseren katholischen Arbeitsbrüdern: Wir wollen euch beileibe den Glauben nicht nehmen, weil das eine Angelegenheit ist, die jeder mit sich selbst abmachen muß, aber wir bitten euch dringend, in eurem und in unserm Interesse, daß ihr euch nicht das Diesseits wegziehen lasst, daß ihr erkennt, durch nebelhafte Aussichten auf ein Jenseits, das ihr nicht kennt und von dem ihr nichts weißt. Das ist doch wirklich kein unbilliges Verlangen, und wir können uns kaum denken, daß ein christlicher Arbeiter diese Aufforderung falsch deuten und unwillig aufnehmen wird. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie groß der Einfluß der Geistlichkeit auf die katholischen Arbeiter ist, aber wir sind überzeugt, daß es auch hier allmählich anfangt zu tagen.

Die Aufgaben der Kassenrevisoren in den Zahlstellen.

Die bevorstehenden Neuwahlen der Vorstände der Zahlstellen und somit auch der Kassierer, lassen es im Hinblick auf mancherlei Erfahrungen der letzten Zeit geboten erscheinen, diese besondere Gruppe von Berufswesen der Organisation einmal etwas eingehender auf ihre Arbeitstätigkeit und ihre Verantwortlichkeit hinzuweisen.

Es wird nicht bestritten werden können, daß die Verantwortlichkeit der Kassierer neben der des Vorstandes und Kassierers eine gleich große ist. Es ist deshalb erwünscht, ältere, erfahrene Kollegen, die mit dem ganzen Kassenwesen vertraut sind oder früher selbst den Posten eines Kassierers inne hatten, als Revisoren zu wählen. Ihre Pflicht ist es, gewissenhaft und mit großer Genauigkeit die Abrechnungen zu prüfen, da sie gleich dem Kassierer für eventuelle Unregelmäßigkeiten verantwortlich sind!

Recken den monatlichen Revisionen bei den Abrechnungen, zu denen der Kassierer die Revisoren gewöhnlich einlädt, ist es auch ihre Pflicht, alljährlich mehrere unangewendete Revisionen vorzunehmen. Das letztere hat der gewissenhafte Kassierer nicht als Richtmaueraufzuhören, sondern es gehört unbedingt zur täglichen Kassierung und Revision in allen Zahlstellen. Nur wenn diese Pflicht erfüllt wird, haben die Revisoren voll und ganz ihre Schuldigkeit getan und sind sich der Verantwortlichkeit ihres Amtes den Mitgliedern gegenüber voll bewußt.

Zum Urteilen sollen noch einige kurze Fingerzeige für die Revisionen hier in Erinnerung gebracht werden. Die Nachzählung des gesamten Kassenbestandes ist die erste Tätigkeit bei der Revision; sie hat immer vor der Prüfung der Belege zu erfolgen! Eventuell abgegangene Gelder an die Hauptkasse hat der Kassierer durch Post- oder Banknoten zu begleichen. Die Abwendung der Gelder, welche die Hauptkasse zu erhalten hat, muß jeder Kassierer vor den angeordneten regel-

Während im Jahre 1910 erst 315 Tarife Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung enthielten, sind diesmal solche Vereinbarungen in nicht weniger als 659 Tarifverträgen aufgenommen.

Diese Ergebnisse sind ein Beweis für die steigende Bedeutung der tariflichen Arbeitsnachweise, die sich in der Richtung zum paritätischen Nachweisen nachweis entwideln. Sie stehen allerdings noch im Anfang der Entwicklung und müssen vielfach an vorhandene unparitätische Arbeitsnachweise anknüpfen, soweit sich diese des Vertrauens beider Parteien erfreuen. Diese Entwicklung ist so wichtig für die Gewerkschaften, daß diese alle Ursache hatten, die *vereinfacht* in die *Einführung* in die Selbstverwaltung der Nachweisen und die Tarifvertragstreitigkeit, wie auch die gleichgerichteten Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise mit aller Entschiedenheit durchzuweisen.

Die Zahl der Tarifverträge, in denen gemeinsame Eingangs- und Schluttsorgane vereinbart worden sind, ist gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. Es ist dies wiederum eine Folge des Eintritts rückständiger Arbeitgruppen in die Tarifbewegung, denn es bedarf in der Regel erst einer längeren Praxis des tariflichen Zusammenwirkens, ehe es zur Einführung gemeinsamer Tariforgane kommt. Die Zahl der Tarife mit solchen Organen beträgt im Berichtsjahr 1917 (1910: 224).

Die Ergebnisse der vorliegenden Statistik der Tarifverträge des Jahres 1911 sind geeignet, den Blick auf die Unvollkommenheiten der tarifistischen Erhebung selbst zu lenken und vor Überrechnungen nachdrücklich zu warnen.

Der Vergleichswert der Zahlen der amtlichen Tarifstatistik ist so lange ein völlig ungerechtfertigter, als die letztere nur

die im Berichtsjahr gerade in Kraft getretenen berücksichtigt. Da die Tarife heute meist auf längere Zeiträume als ein Jahr abgeschlossen werden, so kommen in dem einen Jahr ganz andere Tarife in Betracht, als in dem andern und es hängt daher der Gesamterfolg der Tarifbewegung eines Jahres sehr erheblich davon ab, ob gewerkschaftlich hochentwickelte oder gewerkschaftlich rückständige Berufe dabei beteiligt sind. Aber die Tarifstatistik verzeichnet nicht das Maß der ertrungenen Arbeitszeitverkürzung und Lohn erhöhungen, sondern das Maß der erreichten Arbeitszeit und Löhne, also Arbeitsbedingungen. Mit der Erweiterung der Statistik der Tarifbewegung eines einzelnen Jahres zur Tarifbestandsstatistik wird es zwar noch immer nicht möglich sein, das Maß der tarifistisch gewerkschaftlichen Erfolge zweifelsfrei festzustellen, denn auch dann haben wir erst noch eine Statistik der tarifistischen Arbeitsbedingungen, nicht eine solche der tarifistischen Erfolge. Immerhin ermöglicht die alljährliche Aufarbeitung des gesamten Verlaufs der Tarife und tarifistischen Arbeitsbedingungen auch die Fortschritte festzustellen, die erreicht worden sind, da die Zahl der zu kürzerer Arbeitszeit oder höheren Löhnen Arbeitenden sich durch das Hinzutreten neuer Arbeitsschichten mit längerer Arbeitszeit oder niedrigeren Tariflöhnen sich ja nicht verringert, wenn auch ihr Anteil etwas beeinflußt werden mag.

Im Hinblick auf die bessere Vergleichbarkeit und Vergleichbarkeit der Bestandsstatistik begreifen wir den Entschluß des Statistischen Amtes, die Tarifstatistik zu vervollständigen. Wir hoffen, daß es dem Kaiserlich Statistischen Amt im Verein mit den Gewerkschaften gelingen wird, eine Tarifstatistik zu schaffen, die nicht nur den Beteiligten und vor allem den deutschen Arbeitsschichten zugute gereicht, sondern die auch das friedliche und aufbauende Wirken der Gewerkschaften denjenigen Kreisen offenbart, die sich in der Beschimpfung, Verfolgung und Bedrohung der Arbeiterorganisationen nicht genug tun können.

Denn ein gewaltiger Aufbau ist es, was die Tarifstatistik befunden, ein Aufbau in der Entwicklung neuer Rechtsgrundlagen zu einem wedernden Arbeitsschicht, ein Aufbau in der sozialen Sicherung der ganzen wirtschaftlichen Sphäre abhängiger Volksschichten gegen Rechtsunterschicht. Willst und wirtschaftliche Übermacht, ein Aufbau in vorausgängiger Disziplin durch Erziehung zu Disziplin und Vertragstreue, die die Sozialpolitik rücksichtlos überlauft hat. Es ist kein Zweifel, daß diese Wirklichkeit der Gewerkschaften der ruhigen Entwicklung des gefallenen Wirtschaftslebens augenommen muß und es ist charakteristisch für die Stellung des industriellen Schichtmacherrums, daß sie dem Fortschritt des Tarifgedankens nicht bloß jeden möglichen Widerstand entgegensetzen, sondern die Tarifstatistik auch fortwährend zu diskreditieren suchen. Die Abrechnung weiter Arbeitgeberkreise gegen die paritätische Regelung der Arbeitsbedingungen kommt ja sinngemäß Jahr für Jahr in der geringen Beteiligung an der Mitarbeit für die Tarifstatistik zum Ausdruck. Es sind dieselben Kreise, die die Gesetzgebung unter dem beschleunigen Vorwand des Arbeitswilligkeitschutzes zur Unterdrückung der Gewerkschaften missbrauchen möchten. In diesem Bestreben kann ihnen die amtliche Tarifstatistik allerdings nur unbehaglich werden.

Die Gewerkschaften werden aber, solange die Reichsregierung das Koalitionsrecht der Arbeiter achtet und die Grundlagen einer gleichberechtigten Einigung der Lohnarbeiter in das Wirtschaftsgeschehen des Staates nicht ansetzt, an der Verbesserung der Arbeitsschichten weiterarbeiten; denn sie brauchen sich nicht zu scheuen, ihr Wirken und Schaffen, ihre Räume und Erfolge der weitesten Offenheitlichkeit zu offenbaren. Sie sind keine Geheimbündie, wie die Körperschaften, Syndikate und Arbeitgeberverbände der Unternehmer —, sie wirken im vollsten Zugeständnis und werden auch ihre Rechte in der Offenheit mit der größten Fahigkeit zu verteidigen wissen.

Die Nacharbeit in Bäckereien.

Die „Soziale Praxis“ veröffentlicht in Nummer 14 eine mit obiger Überschrift versehene Arbeit vom Gewerberat F. Lösser in Darmstadt. Lösser hat sich durch einen Artikel gegen die Nacharbeit in den Bäckereien, ebenfalls in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht, schon vor zwei Jahren die Freundschaft die Unternehmerorganisationen gezeigt. Wenn er damals auf die Gründe zur Beibehaltung der Nacharbeit nicht erwiderte, so handelte erslug, weil die Befürworter sich zu dieser wichti-

genen Frage in den abgedroschenen Redensarten ergingen. Als Beweis, daß er nicht nutlos zu dieser Frage Stellung genommen hat, dient ihm unsere Parteibewegung zur Erreichung der leistungsfähigen Arbeitswoche. „Diese Tatsache sei ich wäre ja für die zusammengehörenden Kreise der Bäckereihabeter weder maßgebend noch überzeugend, um ihr früheres Urteil einer gewissenhaften Nachprüfung zu unterziehen. Aber die Kundgebungen derzeitigen überall die Übereinstimmung derjenigen Arbeitgeber, die selbst mitordnen. Das ist die Bestätigung meiner früher schon ausdrücklich vertretenen Ansicht auch von der Gegenseite.“

Der Verfasser räumt die Bäckereimeister schon kennen, daß sie niemals ein gefahres Urteil einer Nachprüfung unterziehen werden. Er schreibt ganz richtig: „Es ist nun nicht anzunehmen, daß aus den Kreisen der Bäckereihabeter der Anstoß hierzu erfolgen wird. Denn die mit der Abschaffung der Nacharbeit sich verbundenden erklären, die wirtschaftlich schwächeren, die in den Standesvertretungen nicht den Ausschlag geben und auch nicht den nötigen Einstieg besitzen werden, um neue Gedanken in ein Gewerbe zu tragen, das sich jahrzehntelang unter die Gewohnheit des Verbrauchers gebaut hat und nun aus Abneigung gegen eine aus den Zeiten und ihren Veränderungen erwachsene Umänderung im Gewerbe weht. Um so mehr, als die ganz großen Unternehmer, die der zweitgrößten Betriebe, andere Interessen zu vertreten haben. So wird also die angestrehte Neuerung wieder aus den Kreisen der Arbeitnehmer hervorgehen müssen; im wirtschaftlichen Kampfe wird mit Verlusten auf beiden Seiten erobert werden müssen, was verständnisvolles Eingehen im Frieden hätte gewahren können.“

So wird es auch kommen. Weil die Unternehmer Feinde jeder Reformbewegung im Gewerbe sind, kann ihnen auch bei der Frage: Bestätigung der Nacharbeit, nicht zugemutet werden, daß sie hier einen sozialen Weitblick besitzen. Sie werden sich gegen die zeitgemäßen Bestrebungen zur Wehr setzen. Die Gehilfen können aber erst dann den Kampf dagegen aufnehmen, wenn die im Begeiste stehenden Hemmisse bestellt sind. Bis dahin müssen wir allseits aufzurütteln wischen.

Die Fleischnahrung in Deutschland.

Die letzten Ernährungsdebatten im deutschen Reichstag zeigten noch einmal mit Deutlichkeit, wie stark der Gegensatz zwischen Proletariat einerseits und den bürgerlichen Parteien und Regierung andererseits ist. Es ist nicht nur eine Gegensatz von wirtschaftlichen Interessen, sondern auch eine geistige Kluft treibt die beiden. Wie verschieden sind die Auffassungen über die Begriffe „Ekel“, „Rot“ und „Wohlstand“ bei den Vertretern des Proletariats und bei denen der bürgerlichen Parteien.

Zwei Welten stehen sich gegenüber, die zwei verschiedene Sprachen reden. Die eine bedient sich der Sprache der Wahrheit, der Wahrheit, die andere der Sprache der Lüge, der Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klasse. Damit ist für uns eine gründliche und mehr oder weniger objektive Untersuchung des Ernährungsproblems seitens eines bürgerlichen Gelehrten sehr willkommen. Wir wollen auf Grund eines eben erschienenen größeren Werkes des Herren Professors J. Eggen, betitelt: „Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches — eine Untersuchung der Ursachen und Wirkungen der Fleischversteuerung und Mittel zur Abhilfe“ (erschienen bei Ferdinand Encke, Stuttgart 1912, Preis 4.7), das Problem der Fleischsteuerung in seiner ganzen Breite behandeln.

Wir verstehen unter Fleischnot einen wirtschaftlichen Zustand eines Landes, in dem nicht genügend Fleisch für einen möglichen Preis vorhanden ist. Dabei kommen hier drei Momente in Betracht. Der Stand des Fleischpreises, der tatsächliche Fleischverzehr pro Kopf und Jahr und das physiologische Minimalmaß an Fleisch, das ein Mensch braucht, um seine physischen und geistigen Kräfte zu erhalten. Begreifen wir mit der Preisbewegung des Fleisches und des Fleisches. Die Bewegung der Fleischpreise in Deutschland vollzog sich folgendermaßen. Wir bringen hier nur die Verhältniszahlen. Während des Jahres 1900/1911 liegt der Preis der Schafe um 31.1 pf. und 26.0 pf.; der Hirsche und Kühe um 37.7 pf. und 38.1 pf.; der Schweine um 14.3 pf. und 16.7 pf.; der Kalber um 34.4 pf. und der Dantwei um 34.2 pf.

Die Fleischpreise bewegen sich in der Regel parallel den Viehprielen. Nun kommt es öfter vor, daß im Falle eines Rückgangs der Viehprielen die Fleischpreise gar nicht oder nicht in demselben Maße sinken, wie die Viehprielen. Der Verfasser bringt eine Reihe von interessanten Tabellen, welche die Fleischsteuerung in Deutschland illustrieren.

Auf Grund der von ihm aufgestellten Berechnungen kommt Professor Eggen zum folgenden Schluß: „An der Tatsache einer schon lange andauernden, bedeutenden und allgemeinen Preissteigerung des Fleischverbrauchs in Deutschland ist demnach nicht zu zweifeln. Die Kleinhandelspreise für Fleisch haben an dieser Preissteigerung rechtlich teilgenommen, wie die Slagen der Bevölkerung beweisen.“

Interessant ist die Feststellung der Tatsache, daß in der Zeit der Fleischversteuerung der Fleischverbrauch zurückgegangen ist. Dies beweist mit Deutlichkeit, daß die breiten Schichten der Bevölkerung nur das Rottendiente verdienen. Jede Lebensmittelversteuerung trifft sie sehr empfindlich. Es entsteht eine Unterernährung mit allen üblichen Begleiterscheinungen.

Nach den Berechnungen des Verfassers sollte der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr im Durchschnitt des Jahres 1904/1911 45.1 kg ausmachen. Das Gesundheitsamt ordnete zu einem höheren Durchschnitt, und nämlich 52.8 kg pro Kopf und Jahr. Der Verfasser kritisiert die Art und Weise der Berechnungen des Gesundheitsamtes und fügt hinzu, daß, wenn man die Gewichtsverluste des Fleisches durch Zubereitung beim Schläger abzieht, wir dann noch einen niedrigeren Fleischverbrauch feststellen werden, nämlich 35.2 kg pro Kopf und Jahr. Es ist hier noch ein Moment zu berücksichtigen, nämlich die Verschiedenheit des Fleischverbrauches nach den Einkommensgruppen. Es ist klar, daß die wohlhabenden Familien mehr

fleisch verbrauchen als die minderbemittelten. Damit wird der Durchschnitt des Fleischverbrauches für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung noch kleiner sein. Der Verfasser faßt sich darüber folgendermaßen: „Wenn ein Zehntel der Bevölkerung das Doppelte des durchschnittlich auf den Kopf entfallenden Gewichtsmenge verzehrt, so vermindert sich die auf den Kopf der andern neun Zehntel über bleibtenden Menge um rund 11 pf., d. h. auf etwa 43 kg im Jahre.“

Hierzu kommt der Umstand in Betracht, daß in den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung viel Fleisch verzehrt wird, die wegen ihres großen Wassergehaltes — weniger nahrhaft ist, als das andere Fleisch. Die vielen Haushaltungsrechnungen, die in den letzten Jahren vom Staat, von den Gemeinschaften usw. unternommen wurden und bestätigen die Tatsache des niedrigen Fleischverbrauches der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Professor Eggen faßt die Resultate seiner Untersuchungen in folgenden Sätzen zusammen: „Hassen wir das Ergebnis der angeführten Haushaltungsrechnungen zusammen, so finden wir es in vollständiger Übereinstimmung mit unserer Berechnung des durchschnittlichen Fleischverbrauches auf den Kopf der Bevölkerung. Wir können annehmen, daß die wohlhabenden Schichten, die nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, wie die Ernährung lehrt, das Doppelte und Mehrfache des durchschnittlichen Fleischverbrauches verzehren, und daß der allgemeine Durchschnitt von den höchstgelebten Arbeitern und den mittleren Angestellten nur gerade erreicht wird, während die breiten Schichten der Arbeitervölkerung in Stadt und Land teilweise beträchtlich unter diesem Mittel bleiben.“

Ein bekannter deutscher Statistiker Ballod stellt fest, daß, um dem menschlichen Körper die notwendige Menge von Eiweiß zuzuführen, ein Fleischverbrauch von durchschnittlich 54.7 kg pro Kopf und Jahr notwendig sei. Auch das Gesundheitsamt stellt dasselbe Mindestmaß auf. Da aber das Gesundheitsamt mit einem falschen Durchschnittsverbrauch operiert, kommt es auch zu falschen Schlüssen: „Eine Fleischnot, ein allgemeiner Mangel an dem für die Ernährung zugeführten Eiweißgehalt der Bevölkerung notwendigen Fleisch, besteht im Reiche nicht.“ Demgegenüber äußert sich Professor Eggen: „Wir wissen aber, daß tatsächlich die vom Kaiserlichen Gesundheitsamt angegebene Menge des Fleischverbrauches bei weitem nicht erreicht wird. Sie beträgt auf einer Reihe von falschen Schlüssen und Fehlern in der Methode. Selbst wenn sie für den Durchschnitt richtig wäre, trüfe sie infolge des überdurchschnittlichen Fleischverbrauches der Wohlhabenden für die minderbemittelten nicht zu. Es liegt daher nahe, anzunehmen, daß der Fleischverbrauch im Deutschen Reich ungenügend sei, der Bevölkerung die nötige Ernährung zuzuführen, da er hinter der vom Kaiserlichen Gesundheitsamt für notwendig erachteten Höhe zurückbleibt.“

Aber nicht nur die Fleischnahrung ist ungenügend, sondern auch im allgemeinen weilen die breiten Schichten der Bevölkerung eine Unterernährung auf. Der Verfasser faßt sich folgendermaßen: „Hassen wir das Ergebnis dieser Untersuchungen zusammen, so zeigen sie uns, daß sich tatsächlich, wenn auch nicht allgemein, so doch in weiten Kreisen, der minderbemittelten Wohlhabenden, eine ungenügende Ernährung findet.“ Besonders einflussreich ist diese Tatsache auf, wenn man die Ernährungsweise des deutschen Arbeiters mit der des amerikanischen und englischen vergleicht. Der amerikanische und englische Arbeiter kann für dieselbe Summe mehr Nahrungsmittel kaufen als der deutsche. Auch eine Wirkung des „süßenlosen Polaris“ des Deutschen Reiches! Dazu noch die höheren Arbeitslöhne in England und Amerika. Auch in Belgien und den Niederlanden sind die Lebensmittelpreise niedriger als in Deutschland. Seitens der Vertreter der bürgerlichen Parteien und Regierung wird oft auf die Steigerung der Arbeitslöhne hingewiesen, die auf eine Besserung der Lage der Arbeiter hinweist. Professor Eggen bemerkt dazu: „Zwar haben sich die Löhne meist erhöht, aber ihre Kaufkraft hat sich nicht in demselben Maße gehoben, wie ihr Geldbetrag; ihre Erhöhung ist in manchen Fällen ganz oder nahezu ganz ausgeglichen worden durch die Preisssteigerung.“

An der Hand einiger, von verschiedenen Seiten vorgenommenen Berechnungen stellt der Verfasser fest, wieviel eine Familie für ihre Ernährung aufzugeben hat. Eine fünfköpfige Familie, bestehend aus drei Erwachsenen und drei Kindern muß nur für die Nahrung 8.884 im Jahr ausgeben. Eine Familie mit fünf Kindern schon 11.160. Letzter berechnet den Betrag, den eine vierköpfige Familie aufzuwenden hätte, wenn sie sich mit der dreiköpfigen Menge von Nahrungsmitteln versorgen wollte, die der Ernährung des deutschen Marineoffiziers zugewiesen werden. Eine vierköpfige Familie kostet 11.125.36 oder 11.241,80 pro Woche.“

Nach der Einkommensstatistik ist festzustellen, daß im Jahre 1911 41.2 pf. der Bevölkerung Preußen in ein Einkommensverhältnis familial leben, d. h. in Einkommensungen mit weniger als 8.900 Einkommen im Jahr. Aus diesen Tatsachen zu schließen, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung an Unterernährung leidet.

Aus dem oben Gezeigten gelangen wir zum Schluß, daß eine Fleischnot in Deutschland besteht, die noch verschärft wird durch die allgemeine Versteuerung der Lebensmittel. Nun, welches sind die Ursachen der Fleischversteuerung? Von der Bearbeitung dieser Frage wird auch die Beantwortung der Frage, welche Mittel zur Bekämpfung der Fleischnot vorschlagen sind, abhängen. An dieser Stelle wollen wir aber nur die Ursachen der Fleischversteuerung kurz besprechen.

Sicher kommt das Wachstum der Bevölkerung und die Veränderung ihrer Zusammensetzung zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung als Ursache der Fleischversteuerung in Betracht. Je größer die Bevölkerung, desto größer die Nachfrage, als welche derselben die Steigerung der Fleischverbraue. Dabei kommt besonders das reiche Wachstum der südlichen Bevölkerung in Betracht. Es ist eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß der städtische Einwohner infolge seiner Lebensweise aus rein physiologischen Gründen mehr Fleischnahrung bedarf als der ländliche Einwohner. Es ist für die Denkweise der kapitalistischen Ge-

selbst und ihrer geistigen Führer charakteristisch genug, wenn sie den steigenden Fleischverzehr der städtischen Bevölkerung als ein Zeichen der Vergroßerung des Wohlstandes betrachten. — Die Viehproduktion könnte nicht Schritt halten mit der raschen Zunahme der Bevölkerung. Besonders hemmend auf die Vermehrung der Viehproduktion wirkten die hohen Getreide- und Futtermittelzölle. Daß die Getreidezölle mit den Großgrundbesitzern zugute kommen, ist ein Allgemeinplatz geworden. Stattdessen müssen sich über die Getreidezölle folgendermaßen: „Niedrige Getreidezölle sind bestimmt im Interesse der deutschen Volksernährung, der deutschen Viehzucht, des deutschen Bauernstandes, der weiterverarbeitenden Industrie, sowie des gesamten deutschen Volkes zu betrachten.“ Aber Professor Ehren tritt natürlich für die allmäßliche Herabsetzung der Getreidezölle ein. Natürlich fordte der Umstand allein, daß die heimische Viehzucht nicht innerhalb ihres Fleischbedarfes zu deden, noch zu keiner Teuerung führen. Nur als füllt die vollständige Wirkung des inerten Marktes von der Vieh- und Fleischrente auf gegen bei, tritt die Verwertung in Erscheinung. Die hohen Fleis- und Fleiszölle, die vereinfachenden Maßnahmen und all diese der wichtigsten Ursachen der Fleischverzehrung zu entziehen.

Zur Arbeitslage.

Die zentralen soziale Lage, die durch zusammenhängende Geldmärkte und die Interbindung des Abflusses verschiedener Produkte in den Weltmarkten haben eine Verdichtung des internationales vorausgesetzt, die beruht auf der ganzen Linie ganz andere Formen. Nach den Verlusten des Staatenkrieges am 1. Weltkriegsblatt erhält die Geschäftstätigkeitszeit im Monat November eine Abschneidung von 15 %, die bei einer Abwertung von 23.816 männlichen Personen und einem Rückgang von 20.000 weiblichen Personen zu verzeichnen ist. Der gleichen Monat des Jahres 1914 war es die absolute noch beträchtlich größer, damals verursachte durch die Geschäftstätigkeitszeit um 25.100. Gegen den Jahresbeginn ist der Geschäftstätigkeitszeit, wenn man den Verlust am 1. Dezember 1914 gleich 100 setzt, mit der der männlichen Personen zum Ende des Jahres 1914 (107) abgezogen worden. Dagegen ist der weiblichen Personen das 107 auf 109 gesunken.

Über die Geschäftsfähigkeit berichteten im Nov. „Reichs-
postblätter“ für den Monat November 1912 49 Betriebe
mit 1145-50 Briefkästen. Der Durchschnitt war im November
1912 je p. d. gegen 1,7 p. d. im September und 1,7 p. d.
im September 1911 abgestiegen. Bei der entsprechenden Zeit um
das „Reichspostblätter“ berichtenden dichtverbaute Gebiete. Für
die verbaute Fläche gaben anfangs nur im November
1912 je p. 100 offene Briefkästen mit den erweiterten Siedlungen
170 Briefkästen je gegen 110 im September und 182 im
gleichen Monat des Vorjahrs. Bei den unverbaute Ver-
wegen waren die entsprechenden Zahlen 122, 106 und 102.
Die Bevölkerungsanzahl der Siedlungsgebiete hat damals bei
beiden Briefkästen den hohen Stand des Schriftums noch
nicht erreicht. Gegen den September braucht jedoch die
Siedlung auf eine erhebliche Vergrößerung.

Bei den Abreisezahlen ist die Zahl mit der Bezeichnung der Station und Postorten verknüpft. Es ist im November für den Bereich 1840 Schaffhausen 141 offene Briefe und 152 Sonderkarten erfasst worden. Auf die 140 offenen Briefe entfallen 130 ausgetilbte gegen 146 im Postamt und 147 im Postkantinen des Postamtes. Es zeigt sich also bei den Briefen und Karten dass das gleiche 210 wie bei den Adressenmarken: Verschaffung gegen den Postbeamten und einflussreiche P.D. möglich ist dem Bereich.

Seit den einschlägigen Berichten auf der Sozialen Konferenz, Borbon- und Bergmannskonferenz sowie die Generalversammlung der Bergarbeiter sind verschiedene Versuchsbetriebe bei der Bergbauaufsicht eingestellt worden. Diese Betriebe haben die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit zu erhöhen. Sie sind im Schwerpunktswesen für Boden und Fundamente in den eingesetzten Felsgebirgen prüft und kann folgende Erfahrungen machen:

Georgie, **the** **King**, **of** **Georgia**,
is **born** **August** **28**, **1803**, **at** **Tiflis**,
in **the** **capital** **city** **of** **the** **country**,
before **named**, **Georgia**. **George** **is**
the **son** **of** **King** **George**, **and**
the **brother** **of** **King** **Constantine**.

zeichnen in Berlin, Provinz Pommern, Rosen, Sachsen, Westfalen, Rheinland, in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, andern Bundesstaaten und in Elsäss-Lothringen.

Gewerkschaftliche Arbeit im Jahre 1912.

In einem Rückblick auf das Jahr 1912 bespricht das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ die wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Folge des vergangenen Jahres, die bei den Arbeitern nicht rohe Befriedigung auslösen konnten. Obwohl es im allgemeinen als eines der günstigsten Wirtschaftsjahre angesehen werden darf, trat Winderholung und vermehrter Anstrengung am Arbeitsmarkt doch in überfrem Röthe als im Vorjahr ein. Nicht die Kriegsgefahr, sondern innere Ursachen beeinflussten diesen ungünstigen Wirkungsfaktor. Die Nachwirkungen der schweren Ernte des Vorjahrs und die geneigtere Gleichheit verschuldeten das ungünstige Bild auf dem Wirtschaftsszenario des Jahres 1912.

Die Zahl der Beidächtigten ließ sich nicht in gleichem Maße wie im Vorjahr über die Beidächtigungszeit von Jahresende, sondern sie blieb bis um 22 Uhr zurück und der Anfang der Arbeitssuchenden war durchweg höher als im Vorjahr und ging erst vom September an stark zurück.

Die Steigerung des Lebensmittelverbrauchs betrug für eine

Künftig des Alkoholverbrauchs! Fortschritt des Bäckerkonsums!

In für. 114 des Börsenblattes für den deutschen Buchhandel schreibt J. F. Lehmann aus München:

Einen sehr erfreulichen Aufschwung hat der Buchhandel in Norwegen genommen, seit durch Einsetzen einer strengen Geizgebung dem Alkoholgenuss, der die Nation in ihrem besten Stark zu entarten drohte, Einhalt geboten ist. Fait im gleichen Verhältnis, wie der Schnapsverbrauch zurückging, liegt der Verbrauch von geistiger Literatur, und zumal in Arbeiterkreisen wählt das Lese- und Bildungsbedürfnis ganz außerordentlich, so daß diese Kreise heute schon viele Laienende der besten Bücherkäuter stellen. Da alle in 50-Cere-Fächerungen erscheinen, ist es auch dem Arbeiter und Lademädchen möglich gemacht, sich diese Werke anzuschaffen.

Der deutsche Buchhandel hat somit auch ein großes Interesse daran, an der Endämzung der Crimhiten mitzuwirken. Wenn der Breiter und der Geduldete kein Geld mehr im Gürthaus vertrinkt, wird sich in Deutschland, genau wie in Skandinavien, ein erhöhtes Bedürfnis nach günstiger Unterhaltung ergeben und, abgesehen davon, daß die Nation als solche außerordentlich gewinnt, hat der Buchhandel keinen unmittelbaren Nutzen von dieser Befreiung.

Auch die Arbeiterbewegung muß einen vermehrten Büderkonsum und einen vermindernden Alkoholkonsum wünschen. Denn noch immer gilt es: Willen ist Macht! Darum soll jeder Arbeiter mit allen Kräften an seiner Fortbildung arbeiten und vor allem die Parole beobehalten:

Los vom Junkerfusel!

Wirtschaftsministerium im Bundesrat. § 201 bestimmt weiter die in gewissen Monaten des Geschäftsjahrs.

Bei dieser unterschiedlichen Sichtweise liegt nun der Unterschied zwischen den beiden Begriffen nicht auf. Erwähnungen erfolgen. Die Schönheit ist nicht mehr willkürlich zu urteilen. Die Mängel werden nicht mehr ausgerechnet. Sie sind in den Bereich der Schönheit übertragen und in ihrer Schönheit erkannt.

stübung auf dem Wege des Umlageverfahrens umzuwandeln. Bis zum nächsten Kongress wird dieser Plan zur Entscheidung reif sein.

Von den Lohnkämpfen sagt der der Ruhrbergarbeiter besonders her vor. Nur in der Porzellanindustrie, im Schneidertgewerbe und in der Metallindustrie fanden Kämpfe größeren Umfangs statt. Das "Korrespondenzblatt" meint mit Bezug auf den Ruhrbergarbeiterstreit, daß so wenig das Gebiet der eigenen Gewerkschaftsorganisationen verhüttet werden darf, es müßte doch in Vorausicht längerer und umfangreicher Zeiträts für eine ausreichende Rückendednung der Arbeitnehmer massiven Vor sorge getroffen werden, damit ihre Förderungs kraft nicht ins Wanken gerät, wenn es gilt, auszuhalten. Damit könnten auch die Gewerkschaftsleiter mit größerer Übersicht die Fortwaltung für die Befriedigung solcher Kämpfe übernehmen.

Nach Erwähnung des für die Vereinigungsvorstellung von teilbaren Zusammenwirkens von Gemeinschaften und Gemeinschaften, das zur Gründung der Volksfürsorge führte, des schönen Weblerfolges der sozialdemokratischen Partei und des Kampfes um ein verbesserte preußische Arbeiterschaft, weiß das „Correspondenzblatt“ auf den gegen die internationale Kriegsgegner in Basel abgeholteten Friedensdemonstration Kongress hin. Es resultiert, daß das Jahr 1913 wahrscheinlich ein Kampfjahr ist mehr als einer Hinsicht werden wird. Nach welchen mit wada, welche Manifestationen der Parteienter noch sich ziehen wird. Über auf wissenschaftlichem wie auf politischem Gebiete händen große und schwere Räume in Auszügen und Schätzungen räten gut ihre Organisationen nach beiden Richtungen hin so zu stärken, daß diese dem Antritt in jedem Augenblick gewachsen seien. Die deutsche Arbeiterschaft übertrug diesen Räumen mit gewohnter Süberkeit entgegen und feinerlei Anstrengungen scheuen, um neue Erfolge der früheren anzuschließen.

Die Krankenversicherung im Jahre 1911.

Die Zusammenstellung der Hauptergebnisse der Krankenversicherung im Deutschen Reich für das Jahr 1911 ist kürzlich vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Die Zahl der Krankenkassen betrug 25 109 gegen 25 108 im Jahre 1910, sie erfuhr also einen Rückgang um 1%. Vermindert haben hier die Kassen die Gemeindeversicherung, die Großkranenkassen, die Betriebs- und Aufenthaltskassen sowie die eingeschriebenen und landesbedeutlichen Hilfskassen. Zugewonnen hat die Zahl der Einungskrankenkassen. Die Zunahmen überwinden die Risse der Auftrittstexten der Reichsversicherungsordnung noch zufriediger für die Errichtung von Krankenkassen geboten zu haben; nur dem Auftrittstexten der Reichsversicherungsordnung durften bekanntlich Einungskrankenkassen nur errichtet werden, wenn sie den Beamten oder die Leistungsfähigen vorbanden einer Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährden.

Die Zahl der bei allen deutschen Staatskassen im Jahre 1911 verfügbaren Perioden belief sich auf 13 619 048. Gegen das Jahr 1910 trat eine Vermehrung des Verfügbarenbestandes um 549 673 ein. Die Zunahme erstreckt sich auf alle Kassenarten mit Ausnahme der eingeschriebenen und landesrechtlichen Hilfskassen. Das diesen Kosten durch die Reichserlöserübungserordnung bereitete Schädel tritt hier keine Erwähnung vor. Wie sich der Verfügbarenstand bei den verschiedenen Kassenarten in den Jahren 1910 und 1911 gestaltete, ist folgenden Zahlen zu entnehmen:

Raffinerie:	Schrift der Mitglieder		1911 (- Annahme) - (Abnahme) gegen 1910 absolute Wertsteigerung
	1910	1911	
Gemeinde-			
frankenversicherung	1671527	1700696	+ 28569 + 1,7
Crifrankenassen	6845940	7217908	+ 371968 + 5,4
Betriebs- Fabrik-			
frankenassen	3273710	3396045	+ 122335 + 3,7
Boufrankenassen	16665	17056	+ 391 + 2,3
Notungfrankenassen ...	296521	327077	+ 30556 + 10,3
Geingehriebene philistassen	925606	925148	- 3458 - 0,4
Landesrechtliche	35195	35118	- 288 - 0,7

Die höchste absolute Steigerung der Mitgliederzahl trat bei den Christkatholiken und den Katholiken fassen ein. In der Steigerung kommt ein gutes Wirtschaftskonjunktur des Jahres 1911 zu berücksichtigen. Am Beiblattes zur Mitgliederzahl verzeichneten die Annahmestellen den größten Aufschwung; der Beträgerienbestand dieser Stellen steigerte sich um 10,5 prozent. Die Mittern des Handelsbetriebes werden in dieser Erichnung eine Bewirksamung ihrer Leistungen erzielten und aus der Arbeit betreute Konkurrenz, daß das Handwerk in der Folge nun gelangt ist. Doch die mehr als dreizehnviertel Millionen Abonnentenzugehöriger sind damit nicht aus der Welt geschafft, und die bei diesen Stellen eingetretene Steigerung der Mitgliederzahl um 3,7 prozent hält gewichtiger in die Begründung als die Zunahme der Miteinander der Annahmestellen. Die öffentlichen Einnahmen der Deutschen Kreisstädte beliefen sich im Jahre 1911 auf # 412 290 611. Das sind # 38 000 115 mehr als im Jahre zuvor. Die Einnahmen seien hier zusammen aus Zinsen, Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zuwendungen, Erfolgsleistungen und sonstigen Einnahmen, abgänglich dexter für die Finanzverarbeitung. Die Gewaltsumme der Einnahmen resultiert natürlich aus den Beiträgen. In Beiträgen feinfühlbarlich Eintrittsgelder wurden # 326 412 150 verrechnet gegen # 317 17 10 im Jahre 1910.

Die ordentlichen Ausgaben für Krankheitsfestein, Grippe-
geld, Kurzgetatbte Beiträge und Eintrittsgelder
für die Verwaltungsaufgaben betragen $\text{£} 302,524,711$ gegen
 $\text{£} 300,515,173$ im Jahre 1910, also mehr $\text{£} 11,979$ D.D.
Von den Ausgaben entfallen auf Krankheitsfestein
 $\text{£} 107,116,196$. Der Kosten ist hoch aufzutreten aus der
Möten für ärztliche Behandlung, für Arznei und sonstige
Verbrauch, Kranken- und Sterbegeldern, Gehrungen-
und Bechnerzinsenunterstützung, Anstaltsversorgung und
Räume für Sanatorien. Die Ausgaben für

A. 88 754 224; für Arznei und sonstige Heilmittel wurden A. 53 171 234 verausgabt. An Krankengeldern kamen für 115 125 905 Krankheitstage A. 163 582 978 zur Auszahlung. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung belief sich auf A. 6 799 157; Sterbegelder kamen in Höhe von A. 8 525 450 zur Auszahlung. Für Anstaltsverpflegung wurden A. 51 357 861 und für die Fürsorge Genehmigter A. 277 464 aufgewendet.

Die Verwaltungskosten stiegen von A. 20 434 195 im Jahre 1910 auf A. 22 159 349 im Berichtsjahr. Der Überschuss der Aktiva über die Passiva war am Schlusse des Jahres A. 318 012 594. Die Umrechnung der Summen auf eine Einheit hat folgende Resultate ergeben: Es entfallen im Durchschnitt auf eine Kasse Mitglieder bei der Gemeindekrankenversicherung 207, bei den Ortskassen 1520, den Bezirkssäcken 429, den Sausalassen 116, den Innungskassen 357, den eingeschriebenen Hilfsstellen 734 und den landesrechtlichen Hilfsstellen 272. Der große Versichererbestand der Ortskassen gibt die Gewähr für bessere Leistungen, als sie diesen mit wenigen Mitgliedern zu geben imstande sind. Die Leistungen der verschiedenen Kassenarten usw. stoff der Mitglieder sind folgender Aufstellung zu entnehmen:

	Sammelkasse Arznei Gesamt Arznei Gesamt Baukasse Anstaltsverpflegung Fürsorge für Genehmigte	Orts- kasse Arznei Gesamt Baukasse Anstaltsverpflegung Fürsorge für Genehmigte	Kranken- geld Arznei Gesamt Baukasse Anstaltsverpflegung Fürsorge für Genehmigte	Kranken- geld Arznei Gesamt Baukasse Anstaltsverpflegung Fürsorge für Genehmigte	Kranken- geld Arznei Gesamt Baukasse Anstaltsverpflegung Fürsorge für Genehmigte
Erkrankungsfälle	0,25	0,44	0,49	0,59	0,38
Krankheitstage	5,66	8,99	9,10	9,37	7,79
Arznei usw.	4,34	5,74	8,25	7,35	5,49
Krankengelder	4,37	11,30	14,60	11,39	9,37
Schwangeren- u. Wöchnerinnenunterstützung, in M. u. A.	0,0	0,68	0,58	0,66	0,15
Sterbegelder	0,0	0,60	0,97	0,54	0,45
Anstaltsverpflegung, in M. u. A.	13,58	3,95	3,84	6,57	5,66
Fürsorge für Genehmigte	in M. u. A.	0,0	0,02	0,01	0,0
					0,01
					0,01

In vordeutender Hinsicht stehen die Ortskrankenkassen an erster Stelle; für Schwangerenunterstützung und Genehmigungsfürsorge haben diese Kassen die größte Summe unter allen Kassenarten verausgabt.

Im Vergleich mit dem Vorjahr sind die Arbeitskosten ganz erheblich gestiegen, und zwar von A. 24,40 auf A. 26,25 pro Kopf. Von 1907 auf 1910 war eine ähnliche Steigerung zu beobachten; in dieser Periode erhöhten sich die Krankheitsfälle um A. 1,57 pro Mitglied. Die Jahre 1909 und 1910 brachten nur Steigerungen von 29 und 7 A.; nunmehr trat eine Steigerung von A. 1,76 pro Mitglied ein. Diese Steigerung beruht in der Hauptsache auf einer Erhöhung der Erkrankungsfälle und der Krankheitstage.

Die Jahre 1908 bis 1910 hatten einen Rücksprung gebracht; von 1910 auf 1911 kamen die Erkrankungsfälle von 0,40 auf 0,42 pro Mitglied und die Krankheitstage von 8,01 auf 8,45. Ein Teil der Zunahme dürfte auf die unzureichende Witterung des Berichtsjahrs zurückzuführen sein, die viele Krankheiten im Gefolge hatte; ferner liegt hier anzunehmen, daß die beständige Teuerung und damit verbundene mangelhafte Ernährung eine Zunahme der Krankheitsfälle herverursachte.

Die ordentlichen Ausgaben pro Mitglied steigerten sich von A. 28,82 im Jahre 1910 auf A. 28,82 im Jahre 1911; also um rund A. 2. Einen Hauptteil dieses Plus bildeten die Arznei und Apotheker ein. Folgende Zahlen beweisen das. Es entfallen auf ein Mitglied im Durchschnitt jährlich folgende Kosten im Jahre:

	1910	1911
Arztkosten	5,85	6,15
Arzneikosten	3,69	3,90
Krankengeld	10,40	11,28
Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung	-,49	-,50
Sterbegeld	-,57	-,68
Anstaltsverpflegung	3,47	3,77
Fürsorge für Genehmigte	-,02	-,02
Gesamtkosten	24,49	26,25

Von dem Wert von A. 1,76 an Krankheitsfällen erhalten allein Arznei und Apotheker ca. A. 1, das sind beinahe 50 pf.

Wir haben nun gegen eine angemessene Bezahlung der Arzte und Apotheker demgegenüber stehen aber die immensen Anwendungen für Schwangere und Wöchnerinnen und für Wöchnerinnenunterstützung im beständigen Licht. Das Jahr 1911 bringt uns eine Veränderung in der Arzneidienstleistung, leider wird dabei die Durchführung propriae latitutur Moglichkeiten geschieden und die Gesellschaft wird noch wie vor mit der Anklage belastet sein, wir ihre Mitglieder nicht in genügendem Maße gesorgt zu haben.



Quittung.

Vom 30. Dezember 1912 bis 4. Januar 1913 gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:
Für Zeimert: Stendal A. 30,70, Gotha 103,80, Gera 182,80, Schleswig 116,35, Wosoda 39,90, Begegad 60, Leipzig 211,70, Dresden 3618,45, München 3738, Ilmenau 41,70, Hannover 954,85, Eissen 502,15, Friedberg 25,80, Hamburg 5564,80.

Bei Einzelzahler der Hauptkasse: J. H. Brodbeck A. 6, H. H. Bismarck 81,80, P. H. Theodor 42,80, H. S. Wildenau —,50, A. K. Meilenbach 1, H. L. Königsee 18, A. Sch. Tempeln 5.

Für Abonnement und Annoncen: Kollegen in Bismarck A. 5, Frankenfeste G. H. 49,22, Hamburg 18,30, P. B. Hamburg 2,25, S. und B. Hamburg 16, G. P. München 13, M. Sch. Berlin 16,25, J. M. Hamburg 2.

Für "Geschichte der Bäder- und Konditorbewegung": Gotha A. 15, Leipzig 4, Hannover 4.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Spätestens am 11. Januar ist der 3. Wochenbeitrag für 1913 (12. bis 18. Januar) fällig.

Aus den Bezirken.

Rüstringen. Alle Postsendungen sind von jetzt an zu richten an: Karl Pietschka, Rüstringen, Genossenschaftsstr. 60.

Sterbetafel.

Wiesbaden. Adolf Städter, 21 Jahre alt, gestorben am 31. Dezember 1912.

Ehre seinem Andenken!

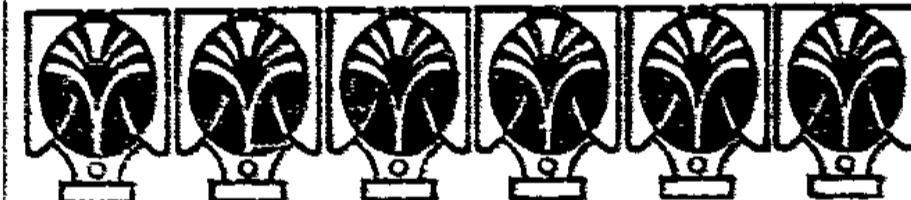
Sohnbewegungen und Streiks.

(Die Beichtblätter über Sohnbewegungen werden erwartet, bei allen Reihungen über Fortschritte kann die Zahl der daran beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen angegeben.)

Bäcker.

Fortschrittsbericht H. Schötge in Hirschheim bei Halle a. d. S. Am 31. Dezember lief der Tarif mit der Firma H. Schötge in Alsfeld ein. Unsere Kollegen im Betriebe, die alle organisiert sind, waren einstimmig der Meinung, daß den teuren Zeitverhältnissen entsprechend der Tarif nicht nur wieder erreicht, sondern gründlich geändert werden müsse. Die Verbandsleitung wurde deshalb beauftragt, den Tarif am 1. Dezember zu ändern und eine neue Vertrags einzurichten. Dies gelücklich und nach zweimaligen Verhandlungen gelang es, sämtliche Wünsche der Kollegen und die neuen Verträge ohne jede Aenderung mit dem Unternehmer zum Abschluß zu bringen. Fünf Kollegen erhalten je eine Zulage von A. 2 pro Woche, die beiden niedrigsten gehalten: A. 2. Werner wurde die Arbeitszeit täglich um eine Stunde verkürzt und die Weiterbeschäftigung des Lohnes bei Krankheiten und militärischen Dienstungen bis zu 14 Tagen erreicht. Lebenszüge dürfen ferner nicht gemacht werden bei Arbeitsverzerrungen bis zur Dauer von drei Stunden bei der Erfüllung jedweder Pflichten den Bedörfern gegenüber. Der Abschluß ist auf drei Jahre vereinbart, mit der Bestimmung, daß nach zwei Jahren die Löhne um A. 1 erhöht. Die Löhne betragen nun für Oberbäcker A. 30, Feigenbäcker und Küller A. 25 und Tafelarbeiter A. 20.

Der Tarifabschluß zeigt wieder, was durch Einigkeit der Kollegen erreicht werden kann.



Korrespondenzen.

Berichte von Versammlungen finden nur Annahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Hinwendungen müssen mit dem Schlußstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.

Generalversammlungen.

Wotha. Unsere Generalversammlung fand am 21. Dezember im Volkshaus zum "Roden" statt. Der Bericht des Vorsitzenden, den Kollege Daberkow gelesen, den ich die Zähligkeit Wotha gut entwidmet bin; darf der Unterstützung mehrerer Kollegen sei ein guter Fortschritt in voraus. Daberkow hofft auch im nächsten Jahre auf die Unterstützung aller Kollegen. Wenn nur dann kann der neu zuwählende Vorstand den Anforderungen der Organisation gerecht werden. Zur nachfolgenden Versammlung wünsche ich, Kollege Schöppel die Aufschriften, möchte aber die lateinische Illustration benennen. Zur verlorenen Jahre sind die Aufnahmen zu verzögern, aber der Verteilungsplan darf dann doch nicht Schritt gehalten. Der neue Bericht ist aus folgenden Kollegen zusammengestellt: Daberkow einer und Wotha zweiter Vorsitzender. Schöppel erster und Wotha zweiter Kassierer. Treibisch erster und Schöppel zweiter Schriftführer. Rodler und Wotha Revisor. Kollege Daberkow und Wotha wurden als Kasselldelegierte bestimmt. Mit einem Appell an die Kollegen, möglichst zu wiedereinsteigen und mich ohne Ablenkung in den Dienst der Organisation zu stellen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bäcker.

Wiedenbrück. In der Fortbildungsschule sprach ich am 12. Dezember, abends, einem ehemaligen Zell zu: Zu Beginn des Unterrichts redeten zwei Bäckerelehrer aus der Frankfurter Schule. Mektor Grünewald berührte einen Schuhmann, die Schule war zu diesem Zeitpunkt leer. Der Schuhmann traf die beiden noch bei der Arbeit an; sie zogen es vor, flüchtig durch den Bäckereihof zur Schule zu gehen und ließen den Schuhmann allein. Als Lehrer kam später bei dem Mektor erkundigte, ob die Schüler da seien, erhielt er eine bestehende Antwort. Jetzt stellte er sich erst heraus, daß die Schüler ohne Begleitung des Schuhmanns den Weg zur Schule gefunden hatten. Um aber den Schülern die Begleitung angewöhnen, forderte der Mektor den Schuhmann auf, die Jungen noch einmal vorzuführen. Das ging natürlich nicht so glatt ab, wie es sich der Herr Mektor einbilde. Die Schüler weigerten sich, von ihren Plätzen aufzustehen. Darüber zeigte sich der Herr Mektor gewaltig auf und schlug den einen Schüler ganz schweigend. Dieser verbat sich die Schläge mit dem Hinweis, daß in Fortbildungsschulen nicht geschlagen werden dürfe. Schließlich verlangte der Mektor von dem Schuhmann, er solle die beiden Schüler sofort in Arrest abschieben. Doch der Schuhmann führte sie erst zum Bericht vor den Hohen Kommissar. Dieser war einflussreicher als der Bäckerei Grünewald und fragte die Schüler, aus welchem Grunde sie zu spät in die Schule gegangen waren. Er befand die Antwort, daß sie jetzt vor den Feiertagen so lange arbeiten müssen. Nach dem Bericht ließ der Kommissar die Bäckerei wieder laufen und kam somit dem Wunsche des Mektors, Wiedenbrück in Arrest, nicht nach. In der Schule wurden dann den Schülern aus Bäckerei und Konditoreien fragen über Arbeitszeit usw. vorgelegt. Wie waren recht begierig, die Antworten hierauf zu erscheinen. Der Herr Mektor und die Polizei dachten wohl nun erfahren, daß in diesen Geschäften vor den Feiertagen die Schüler eine ungewöhnlich lange ist, daher sollte man lieber versuchen, geregelte Arbeitszeit zu erlangen, als mit Gewaltmaßregeln die weniger Schuldigen zu treffen. Hoffentlich wird der Herr Mektor aber auch die Bäckerei feststellen, zur Anzeige bringen, denn sonst muß dieses von anderer Seite nachgeholt werden. Aber auch die neugebildete Zwangsinnung wird eine ihrer Aufgaben darin erfüllen müssen, solche Ausbentreten zu unterdrücken.

Staßfurt. Im Dezember fand hier eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: "Sind unsere Bäckerverhältnisse verbesserungsbedürftig und welche sind die Mittel hierfür?" Referent war Kollege Hörmann-Bernburg. Er schilderte die erstaunlichen Bäckerverhältnisse, daß Kon- und Logistikum und die siebenjährige Arbeitswoche der Kollegenchaft. Die Bäckemeister hatten von dieser Versammlung etwas gehört und ließen deshalb den Magdeburger geladen. Bundesvorsteher Schröder kommt, der die bekannten Weisen auf seiner Orgel spielte. Er batte auf die Konkurrenz soz. behauptete, in deren Bäckereien wäre die Hälfte der Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt. Wenn die Geislen erstaunten, so waren sie selbst schuld; denn es same davon, daß sie in den Sportvereinen wüteten. Die Kollegen sollten nur mit den Fleißern Hand in Hand arbeiten, dann würden etwige Widerstände sicher besiegt werden. Der Referent trat diesen formellen Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Versammlung entgegen, und in den weiteren Diskussion zeigte es sich, daß in Staßfurt doch eine ganze Reihe von Bäckern vorhanden sein müssen. Ein Kollege bekundete, daß sein Meister gezeigt habe, er solle nach Weihnachten vier Tage aussetzen, damit der Lohn gestoppt werde; aber der Kollege kann vernünftigerweise erkennen: "So etwas machen wir nicht mit." Ein Bäckemeister Hellmann bestätigte einen sechzehnzigjährigen Bäckarbeiter, der zweieinhalb Jahre Bäcker gelebt hat, sich in der Lehre aber zum Krippe arbeitete und nun für seine Ausbildung pro Woche A. 2 (in Wochentwochen zwei Mark!) erhält. Ferner: Es ein Kollege am Sonntag vor der Versammlung die Einladungen verbreitete und er nach der Bäckerei Werner kam, um den Geislen zu sprechen, bekam er die Antwort: "Wir haben bloß einen T. u. m. e. n!" Der Kollege ist etwas ruhig und schwächlicher Natur und wird deshalb in einer solchen Reihe tituliert! Er bekommt für die siebenjährige Arbeitswoche ganze A. 4!

Die Versammlung hatte den Erfolg, daß wir weiteren Zwecken erzielten, und mehrere Kollegen versprachen, in nächster Zeit bestimmt sich uns anzuschließen. Im Schlußwort wurde der gelbe Schrieser noch aufgefordert, daß wenn er wieder einmal von den Meistern gerufen wird, um eine Versammlung zu veranstalten, er auch unsere Mitglieder ja einführen und nicht hinter verschlossenen Türen zeigen soll; aber der Große schwieg sich aus und löste verächtlich den Staßfurt genug an.

Aus Internatshäusern.

Bäckerei.

Die Wiedenbrücker Bäder- und Konditor-Zeitung berichtet ihren Lesern von der Unterstellung des Bäckereikaisers Wotha in Elsfeld. Der verantwortliche Redakteur Kampmann hat es aber heute noch nicht für notwendig erachtet, mitzuteilen, warum der Bäckerei Obermeister Wotha seinen Posten in der Nutzung und den Rechten im Kreisverband Wiedenbrück niederlegte und ihm nicht der geringste Dank für seine ordentliche Tätigkeit gewidmet wurde. Wenn Herr Kampmann über die Absichten des Rücktritts nicht informiert sein sollte, dann möge er die Nr. 44 unserer Zeitung von 1912 genau durchsehen. Wir haben keine offizielle Unterstellungen zu vermelden, müssen uns allerdings über die Rolle des Internatshäusern wundern, die faktisch alle unehelichen Ehegatten in ihrem Lager mit dem Mantel der väterlichen Auctorität zudeckt.

Der Kulmbacher Obermeister als Reaktionär. Wir hatten schon öfters das Vergnügen, den Kulmbacher Obermeister der "Bäckergaue" als ein Sicht vorzuführen, welches in allen Fragen mitsieht, aber nicht das geringste davon versteht. Ganzum die Kulmbacher Meister sind gerade diese Sünden zu ihrem Glück ausgetüftelt, bleibt wohl für alle Zeiten ein Geheimnis. Wahrend früher die Sünterische Tante zum Abschluß der Sünterischen Geistesprodukte aufersehen war, handelt es bei uns

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsverbandes.

Auf Antrag der Zahnärzte Straßburg i. Ofr. wurde ausgeschlossen: Joseph Oerteltag (Kartennummer) wegen Dienstabsatz.

Wahltagseinwegung nach dem Rezept: Bleibe im Lande und ermäßige dich reell. Zu der für Studium erhebenden "Sogenannten Stundenzahl", die uns von Stenutz in liebenswürdiger Weise zugesendet wurde, stellt der Obermeister eine Begründung an, welche hohen Ausgaben die Einführung des sechzehntägigkündigenden wöchentlichen Arbeitstages den Reitern verursachen würde. Bei dem Verbandenein von 200 000 (?) Geschäften und Betrieben und der wöchentlichen Ausgabe zu 150 000 Arbeitsstunden errechnet, wird das Gemenge von 52 Millionen Mark jährlich belaufen. Da aber die Unternehmer diesen enormen Betrag nicht aufzutragen können, so muß die Belastung auf die Konsumanten abgewälzt werden, was zur Folge hat, daß die Verkaufspreise für Brodt- und Getreidearten erhöht werden müssen. Wenn aber die Sozialdemokratie die Forderung des wochentlichen Arbeitstages unterstützt, so wird durch die Sozialdemokratie das Brodt verunreinigt. Die Stenutz'sche Begründung ist nicht angebracht aufgrund der Tatsache, daß sie nur den einzigen Fehler, daß sie nicht richtig ist. Einweder ist denn unsere Meinung nicht bekannt; ist aber das der Fall, dann muß man können über die Gewerkschaft mit mehrerer berücksichtigt wird, den Konsumanten Grund in die Augen zu streuen. Kein Wert weiß dort die Gewerkschaft über die ungeheure Erhöhung in geringer und kostspieliger Beziehung bei den Geschäften und Betrieben, durch die nebenstehende Arbeitsweise verhindert zu ergänzen. Nur die Profunternehmen sind dabei ausgeschieden. Auch darüber istweig, es fügt aus, über die Möglichkeit der Durchführung der sechzehntägigen Arbeitsschicht, die bisher als einziger Grund gegen unsere Forderung angeführt wurde. Wenn Stenutz blickt es vorbehalten, die Profunternehmen der Unternehmer zu bestreiten, und wir freuen uns, daß er auf seinem Posten seine Verdienste zu tun. Zu den folgenden Minuten um den Auftrag werden uns die Stenutz'schen Befreiungen gute Dienste leisten.

Die Wiedereinsetzung von Gold in 900t. beschloß in ihrer
Oktobe-Emancipationserklärung. Am dem 1. Januar 1913
werden den Schriftgegen im ersten Schriftjahr monatlich A. 3.
im zweiten A. 6 und im dritten A. 9 als Zinsgeld ge-
zahlt. Rechnungsgröße besteht ein höheres Zinsgeld vor-
sichtiger werden. Damit Schriftgegen zuverlässig zuverlässigen
Schriftgegen sind mögliche Auswirkungen werden
mit A. 20 bezüglich gehandelt. Bei Begründung dieses eigens
entworfenen Körpers wurde angegeben, daß die Verteilung Schrift-
gegen die Gegebenen erhalten. Es kommt es, daß die Verteil-
lungen zu den nachstehenden Körpers verhandelt werden, und
nicht Schriften ist es, daß Schriftgegen im ersten Schriftjahr
A. 20 monatlich erhalten. Durch die endgültige Fest-
stellung der Grundideen, die die Schriftgegen sollte zum
Namen Rückstand gehalten werden. Daraus hat aber die
Zahlung selbst ausgegeben, daß für die Gegebenen entgegen-
sich mehrere Schrifte gezahlt werden, wenn diese nicht mehr
zu Schriften als die Schriften. Dieser Rückstand kann
doch beginnen, das eine unvermeidliche Schriftgegenzahlt
Nicht geben wird. Nach weiterer langer Erfahrung sind in
der bestehenden Golds unter 1170 Gegebenen 221 Schriftgegen
bekannt. Wenn die Gegebenen mit 574 Schriften in
Mengen erhoben werden, dann kommen auf 26 Gegebenen in
der Riesenzahl von 221 Schriftgegen. Sicher ist der Nutzen
diese Zahl zu groß, doch würde sie nicht zu den Schriftge-
genzahlen entsprechen können. Nur müssen es nur begrenzt
viele Gegebenen die Schriftgegenzahl angegeben werden.

Wunsche der Schiffer. Die bedürftigen Schiffermeister
betonten auf ihrer Versammlung:

Der 10. Februar ist die Geburtstag der beiden Kinder
seiner zweiten Ehefrau aus der Verbindung mit
der Schauspielerin Anna. Die beiden Kinder
wurden beide Schauspieler durch die Erziehung ihres Vaters
und ihrer Mutter. Beide haben sehr ähnliche Gesichter und
sie sind als die kleinen Gräfinnen von Sachsen und
Schleswig-Holstein bekannt worden. Nachdem
sie beide die Schauspielkunst erlernt hatten,
wurden sie zu ersten Malen im Sommer
1870 auf der Bühne des Theaters von Berlin
aufgeführt. Sie waren sehr bewundert worden
durch ihre außergewöhnlichen Fertigkeiten und
ihre hohe Begabung. Aber es gab auch eine gewisse
Kritik an den Kindern, da sie nicht nur
die Bühne besuchten, sondern auch die
Gesellschaften besuchten.

Stichwort und Hauptwort Redewendungen
Was ist ein Stichwort? Ein Stichwort ist eine Redewendung
die im gesprochenen Deutsch oft wiederholt wird.
Was ist ein Hauptwort? Ein Hauptwort ist eine Redewendung
die nicht wiederholt wird.

„ges“ auch im Röntgengerät ein Unterschied erzielt. Ob es auch fehlt dem Hartmüssel das Vorreden wird, dürfte fraglich sein. Wenn er ihn den Schülern aber noch weiter empfehlen will, hat er sicher kein Glück mehr, dafür wird die Organisation sorgen, die auch den Röntgenschülern immer mehr zum denkenden und fühlenden Arbeiter ergibt und ihm sagt, was ist und kommt wird.

Aus geuerischen Organisationen.

Die spottet ihrer selbst. Im christlichen Verbunde
blüthen, dass bis heute noch nicht das kapitale Rechtsspr
gegen die christlichen Gewerkschaften veröffentlicht, um so
mehr aber ihren Schied gegen den sozialdemokratischen
Terrorismus verhindert werden gegen die Rednitsreibung
unseres Bezirksleiters Gumpendorfer hämische Glößen zum
teilen gegeben. Räumt das aber bei einem sozialen
Kampfhelden vor. Dann sind es nur einige „Rückgratste-
feller“. Dass die schändliche Redaktion in Düsseldorf den in
der schmutzigen „Trotz-Zeitung“ veröffentlichten Bericht als
Gedenktag übernehmen wird, hoffen wir ihr schon des-
halb nicht zugemutet, weil doch die Drachigiebet wissen
wollten, unter welchem unheilvollen Einfluss der Kuffa
die Schulverfeindung, speziell in Niedersachsen und der
Oberholz, zu leiden haben. Ein Produkt dieser Ausbildung
ist doch der christliche Menschenrechtsföhrer, von dem wir Briefe
in Säulen haben, die gradezu drogen von Rückgratste-
fellen. Wir haben nur dann die Veröffentlichungen solcher
Schreiben zugekommen, wenn das Neuhelldentum zu
aufgelöslem wurde. Kaufendig war des entzücklich unierter
Kommunikationszettel, um zu zeigen, welche Stern hinter
der christlichen Hölle steht. Wörtend hier jedoch zu beob-
achten ist, das die Interessen der Gebilden aus verängstigter
Gesetzlosigkeit in keiner Weise vertreten werden, sogar, wie
es in neuerer Zeit der Fall war, verhindert wird, gegen
die nachdringlichen Rechte in Sachen vorzugeben, haben
sonderne Rechte es unserm Bezirksleiter Gumpendorfer

**Jedes Mitglied bemühe sich, den
Wochenbeitrag für den Verband
stets im voraus zu entrichten!**

zu bedenken, daß sie unter besseren Sohn- und Tochterbedingungen beständig werden. Dazu betrübt der Elterntod gewöhnlich den englischen "Altersgenossen" und den "Vornamegenossen" gleichzeitig.

Salvi mi Scritte.

Der Spanische Gefangenengefährter vor Gericht
Durch den hiesigen Befehl, die die Gefangen im Spanien ver-
urteilten, den Hs. erzielten, bis die Gefangenengefährte
der spanischen Armee gegen angenommenen bei Gu-
adalope entworfene Feindtrik. bis unter jährlich 30 in Stücke
schlagen oder sonstigen Gefallen 110 Gefangen verloren
habt. In dieser Frist habe auch die Bezeichnung für
die aufzufüllenden gestrichenen Wörter folgende
bedeutet. Gibt es kein bestimmtes für den, und dies Recht
habe eines neuen Gefallen befreit, und wo namentlich
die Bezeichnung unzutreffend durch eine leichte Kontroll
nach den Gefallen, bis auf die darüber ausgespart aber aus-
genommen zu seien. Dieser Befehl wurde ent-
gegengetreten werden und so unterbrochen mit mettern
Mit Verlusten falls dem Generalbevollmächtigten. Durch die
aufzufüllenden bezeichneten Gewaltungen wurden unfe-
reinige und schädigende Taten und solche die sich beweisen
und bestehen unter der Bezeichnung will, bei gegen die bestraften
den Feindtrik ein Entfernen eingefordert werden in
dieser Weise. Der Befehl soll nur vor dem
Gefangenengefährte zu vernehmen und wurde wie die
Vorlesungen des Befehls der Abgeordneten General befreit
und in den Schriften vermerkt.

Die Hochschule für Politik und Recht ist eine der wenigen Hochschulen, die sich auf das Studium des Rechts und der Politik konzentriert. Sie bietet ein breites Spektrum von Studiengängen, darunter Rechtswissenschaften, Politikwissenschaften und Soziologie. Die Hochschule hat eine starke Tradition in der Lehre und Forschung. Sie verfügt über eine umfangreiche Bibliothek und einen modernen Campus mit allen notwendigen Einrichtungen. Die Hochschule für Politik und Recht ist eine der wenigen Hochschulen, die sich auf das Studium des Rechts und der Politik konzentriert. Sie bietet ein breites Spektrum von Studiengängen, darunter Rechtswissenschaften, Politikwissenschaften und Soziologie. Die Hochschule hat eine starke Tradition in der Lehre und Forschung. Sie verfügt über eine umfangreiche Bibliothek und einen modernen Campus mit allen notwendigen Einrichtungen.

Das Heilige Land auf der Südseite.
Hierzu kann bei keinem anderen Gedanken an das Land
nicht ohne Erstaunen die Siedlungsscherben und
die Steinmauer befreit. Sie sind aber weigern, zu
reisen an einigen und anderen Stellen, was ist
die Größe der Stadt? Wenn wir die Schichten im
einen Bereich an den anderen übertragen würden, so ist
der Größe der Stadt ein großer Raum, wenn manche
Städte in der gleichen Periode wie jene gebaut
wurden, und die gleiche Bevölkerung hierher
und den Siedlungen dieser Zeit nach rückt, so ist leicht
zu erkennen, daß die Siedlungsscherben unterschieden
sind, aber nicht so klar, daß man sie finden
könnte, wenn man die Siedlungen nicht kannte. Das
heißt, daß die Siedlungen nicht sichtbar sind, und
daß sie nicht offen sind, und unterscheiden sich
nicht durch eine bestimmte Zerstörung zu reagieren, die

Rüttigunglose Entlassung. Der Kollege L. E. wurde am 20. November von dem Bäckermeister J. in Schwerin eingestellt und am nächsten Tage wieder entlassen, angeblich, weil er schlechte Arbeit geliefert habe. Die Klage deshalb gegen den Meister auf Auszahlung des vierzehntägigen Lohnes im Betrage von $\text{M} 42,60$. Vor Eintreten in die Verhandlung wurden Vergleichsversuche gemacht, aber trotz geringer Differenzen gelang eine Einigung nicht. Als in die Verhandlung eingetreten werden sollte, lehnte der Vertreter des Klägers den Vorsitzenden des Gerichts als befangen ab, weil der Bruder des Vorsitzenden Besitzer eines Lokals, in dem vielfach Bäckermeister verfehlten, ist, und weil der Vorsitzende bei der Terminanberaumung wohl den Bellagten, nicht aber den Kläger gestoagt habe, welche Stunde ihm passe. Weiter verwies der Vertreter des Klägers auf ein früher vom Gerichtsgericht gegen den Bellagten ergangenes Urteil. Der Vorsitzende verwarnte sich in kurzen Worten gegen jede Befangenheit in dieser Sache und schloß die Verhandlung. Einige Tage später kam es zu einer erneuter Verhandlung unter einem neuen Vorsitzenden. Die Klage endete durch einen Vergleich, nach welchem der Kläger mit etwas mehr als die Hälfte seines Anspruchs verteidigt wurde. Zu einer Schlussfassung über die Ablehnung des ersten Vorsitzenden wegen Befangenheit kam es deshalb nicht.

Social politics.

Die Ergebnisse der Vertrauensmännerwahlen in der Angestelltenversicherung. Die Wahlen der Vertrauensmänner für die am 1. Januar 1913 in Kraft tretenbe
Privateangestelltenversicherung sind nun in allen Bezirken beendet. Eine amtliche Zusammenstellung der Wahlresultate wird wohl kaum erfolgen. Der Verband der Bureauangestellten (Eis Berlin) hat es daher unternommen, eine private Erhebung über den Ausfall der Wahlen zu veranlassen. Es ist ihm gelungen, die Ergebnisse aus 380 Wahlkreisen zu ermitteln. Das ist die knappe Hälfte sämtlicher Wahlbezirke. In den 380 Kreisen wurden abgegeben 351 611 Stimmen. Darauf erhielt die freie Vereinigung für die soziale Sicherung der Privateangestellten 77 392, der Hauprauschuß für die Sonderversicherung 260 685, sonstige zerstreutete Listen 12 934 Stimmen. Mandate erhielten: freie Vereinigung 700 (davon 222 Vertrauensmänner, im übrigen Erstgeleute), Hauprauschuß 2816 (davon 318 Vertrauensmänner), Bilde 149 (davon 45 Vertrauensmänner).

140 davon 45 Vertrauensbeamte.
In vielen Städten verließ die „Bahl“ recht eigenartig. In mindestens 65 Bezirken, die 105 Vertrauensmänner und 300 Erzähler zu stellen haben, konnte der Hauptrichter ohne weiteres keine Listen als gewählt erklären lassen, weil keine Gegenlisten vorhanden waren. Darunter sind leider eine Reihe grösster Städte, von denen man das nicht erwartet hätte, wie zum Beispiel Altdöbeln, Erlangen, Flensburg, Regensburg, Wismar, Waldenburg usw. In mindestens 5 Bezirken (Amberg-Land, Ronsdorf usw.) sind überhaupt keine Listen eingereicht worden. Entfernterden den gesetzlichen Bestimmungen wurden daselbst die nötigen Vertrauenspersonen ernannt.

Im allgemeinen muß man sagen, daß die freie Ver-
einigung im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl sehr gut
abgeschnitten hat. Galten doch seither die Verbände des
Hauptratschusses als die Beherrischer der Situation. Es ist
doch auf das erste Mal, daß die lautstrebenden Angestellten-
verbände hier Freiheit zu schlagen versuchten. Die An-
hänger des Hauptratschusses geben selbst zu, daß sie
namentlich in den größten Städten, wie Berlin, Ham-
burg u. s. w. Niederlagen erlitten.

... Allgemeine Maßnahmen zur Verhütung von Krankheit und Unfallsgefahr. Die Reichsversicherungsordnung gestattet den Trägern der Versicherung, entweder neu oder in erweitertem Maße die Brotkasse, das heißt die Vorbereitung der Entschädigungsställe, zu rüggen. Das ist leicht zu begründen: denn alle Grausamkeiten und Unsätze werden viel leichter zu verhindern als zu beilen und zu entschädigen. Der § 181 gewährt den Trägern einsetzen, umzutreibe und zu setzen das Mittel der Arbeit für allgemeine Zwecke der Gesundheitsverhütung zu verwenden. Wenn die Bevölkerung mit dem § 181 in Kraft tritt, werden Arbeit und Dienste präventivgerichtet gebraucht werden. In der Praxis verhält es sich so: die Unfallverhütung etwas interessiert nur z. B. Es müssen zum Beispiel die gewöhnlichen Dienste der Betriebe zur Verteilung der Unfallverhütungsschriften unbedingt jedes Jahr einmal durchgeführt werden, um ja den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Zeitung zu nehmen und die Maßnahmen einzulegen, die gute Ausgestaltung der Unfallverhütung zu erzielen. Diese Bereuerungen sind mit dem 1. Januar 1931 in Kraft getreten. Die Handelskammern verbinden nunmehr fester schon das Recht auskraftiger Regelungen. Es ist aber ausgedehnt worden. Ein Sünder nach § 181 der Reichsversicherungsordnung kann mehr Mittel aufwenden, um allgemeine Arbeitsschutz und Verhütung des Untergangs vorzeitiger Industrie und den Verlierern über zur Bedeutung der gesetzlichen Verhältnisse der verhinderungsgefährdeten Bevölkerung zu verhindern oder zu verhindern. Diese bereits mit dem 1. Januar 1932 in Kraft getretenen Bestimmungen

Die Bundesversicherungseinheit Weissen hat ein Zukunfts-
Familie-Banner ausgestellt, das bereits in
einer großen Stadt gezeigt worden ist. Die Bundes-
ärztekundigungseinheit Thüringen ist dem Beispiel gefolgt.
Sie hat zum erstauchigen Nutzen auch eine Ausstellung
zur Wohnungswirtschaft angefertigt. Die Gesamtanstellung
ist in diesem Jahre bereits in 14 Städten gezeigt worden.
Die Versicherungseinheiten (zum Beispiel Sachsen-
Anhalt, Sachsen und Brandenburg) unterhalten durch Geld-
mittel die benötigte Möglichkeit zur Bekämpfung der Ge-
sellschaftsverfehlungen und der Antiklassenherrschaft. Ver-
hindernde Maßnahmen für die Landesversicherungseinheit
Kernia ergriffen. Sie hat zum Beispiel eine Wohnung-
sbauungsabteilung selbst eingerichtet, durch die bereits
zahlreiche hundert Wohnungen vom Verfallen befreit
und eine größere Anzahl Wohnhäuser durch Neiminde-
rungen gründlich gereinigt wurden. Seit alle Versiche-
rungen

ungenannten unterstützen die Gemeindeverflechtungen. Seit einigen Jahren auf die hohen Geldmittel, über welche die Industrien verfügen, könnten sie noch viel mehr tun.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Verhandlungen über einen Reichstarrif im Handelsberufe. Unter dem Vorsitz des Gewerbegebietsdirektors Dr. Premer fanden in München Verhandlungen be- hofe Abschlusses eines Reichstarrifvertrages für das deutsche Kleingewerbe statt. Beschllossen wurde, daß zu den Verhandlungen nur die bisherigen Vertragsteile zugelassen werden sollen. Sämtliche Beitragssteile stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Tarifvertrages, den sie als zurzeit die zweckmäßigste Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse ansehen. Sämtliche Parteien wünschen auch unter Ausschaltung eines Kampfes wiederum zu einem Tarifvertragsabschluß zu gelangen. Allseits besteht indes die Auffassung, daß der bisherige Vertrag im Bollzuge eine Reihe von Mängeln gezeigt hat, die in einem zukünftigen Vertrage beseitigt werden sollen. So soll insbesondere größere Plakheit über die Afordbarkeit, über den Arbeitsschutz, über den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich des Vertrages sowie über die tatsächlichen Instanzen geschaffen werden.

Von Seiten der Arbeiterverbände wird als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, daß eine allgemeine Lohn erhöhung garantiert wird, das heißt, es sollen die Bezirks- beziehungsweise örtlichen Verbände angewiesen werden, über Lohn erhöhungen zu verhandeln und eine solche zu bestätigen. Dadurch sollen die Bemühungen gegenüber dem Verlangen der Arbeitgeberorganisationen auf Bekämpfung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gewährung eines Lohnausgleichs bereitgestellt werden. Ferner sollen vorerst örtliche Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit stattfinden und soll erst danach in die Beratung und Festlegung des Hauptvertrages und eines Vertrages einzutreten werden.

Danebenüber erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes folgendes: "Sollten sich die Bezirksverbände des Arbeitgeberbundes mit den Bezirksvertretungen der Arbeitnehmerorganisationen auf örtliche Lohn erhöhungen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegenstehen. Der Arbeitgeberbund ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohn erhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemeine Anweisung auf Lohn erhöhung geben. Um Verhandlungen in den Bezirken überhaupt zu ermöglichen, hält es der Arbeitgeberbund für unerlässlich, daß der Hauptvertrag, ausschließlich des Vertragsmusters, zwischen den Zentralverbänden vorher festgestellt wird. Sollten sich der Vereinigung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Arbeitgeberbund bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1915 unverändert zu verlängern."

Ferner wird vom Arbeitgeberbund die Einberufung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag gefordert, wozu die Arbeitgeberverbände eine endgültige Stellung etablieren können.

Sämtliche Parteien halten an ihren Erklärungen fest. Der Vertreter des Arbeiterverbände erläuterte schließlich, daß sie auf weitere Verhandlungen über den gesamten Inhalt des Hauptvertrages und des Vertragsmusters noch nicht vorbereitet seien und darüber noch nicht verhandeln könnten.

Hierauf wurden die Verhandlungen in allseitigem Einverständnis auf den 21. beziehungsweise 22. Januar 1913 verlängert. Die Verhandlung soll in Berlin wiederum unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Premer stattfinden.

Fünfzigjähriges Jubiläum eines Gewerkschaftsblattes. Das Verbandsorgan des Buchdruckerverbundes, der "Korrespondent", konnte jetzt sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Am 1. Januar 1863 erschien als Eigenheim des Leipzigischen Vereins eine Broschüre für Deutsches Buchdrucker und Schriftgießer mit dem Titel "Korrespondent". Richard Hartel, der erste Präsident des 1866 gegründeten Deutschen Buchdruckerbundes, war gleichzeitig Redakteur dieses Verbandsorgans. Die Fortsetzung des "Korrespondenten" reichte bis zum Jahre 1786 hinzu, und zwar wurde in jenem Jahre durch den Kastor Schröter in Hamburg eine Nachdrucke bestellt. "Der Buchdrucker" herausgegeben. Nach acht Jahren wurde von Schröter eine Rechteilung vertragengebunden, ein Seiden, daß das Bedürfnis für eine Nachdrucke vorhanden war. Zu diesem war diese Zeitschrift jedoch nicht. Später unterhielt der Buchdruckerverein "Billig" in Minnweida im Jahre 1846 den Verkauf mit der "Drapapedia" den Buchdruckern ein Blatt zu schaffen, das im Gegensatz zu seinen Vorgängern offenkundig dem Werbepunkt mehr zuwies. Der zwischen im Mai 1848 auf den Markt getretene "Gutenberg" erzielte der "Drapapedia" aber das Doppelte, so daß auch diese Blatt eintrat. "Der Gutenberg" brachte es in seinem mit französischen Bezeichnungen zur Bedeutung eines wirklichen Zeitungsbüros; er durfte bis zu den Augusttagen 1848 2000 Abonnenten aufweisen. Doch auch diesem dritten Buchdruckerorgan stellten sich enorme Schwierigkeiten entgegen, denen es jedoch erlagen. Die polizeilichen Verfolgungen, die Verdrückungen durch die Preußische, das neue preußische Breslau und der Ausfall der verunglückten Tarifaktion vom August 1848 brachten den "Gutenberg" schließlich auf 1000 Bezieher herunter; mit Ende 1852 fielte es fast ertrunken ein. Ein im Jahre 1852 gegründetes neues Blatt, das etwa 700 Abonnenten zählte, wurde ebenfalls sein Erbeleben im Jahre 1857 eintreffen.

Die Leipziger Buchdrucker beschlossen am 24. März 1862 einen Ausknauf für das zu gründende Journal einzufordern. Die weiteren Mittel wurden dazu aufgetragen durch 200 Aktiencheinre zu 15 Neugroßchen, die nämlich durch Auslosung zur Aufzahlung gelangten. Es wurde auch eine Summe von 300 Taler bei der Regierung gestellt werden, die später auf 500 Taler erhöht wurde. Die erste Nummer dieses neuen Blattes erschien nach allgemein beliebter Aufnahme, bald im Auslande. Unter Hartel, Leiter, der 37 Jahre lang ein "Korrespondent" war, entwickelte sich der "Korrespondent" zu dem allgemein anerkannten zweitgrößten Gewerkschaftsblatt, das besonders dem Gedanken der Tarifverträge mit Gedächtnis und Leidenschaft

vertrat. Der "Korrespondent", der heute wöchentlich dreimal erscheint, hat eine Abonnentenzahl von 49 300. Da dieses Gewerkschaftsblatt nicht obligatorisch für die Mitglieder eingeführt ist, so liefert seine Auflage zu den im Buchdruckerverband organisierten rund 65 000 Buchdruckern einen Beweis dafür, daß das Blatt sich in den Kreisen der Buchdrucker großen Eingang verschafft hat. Zu seinem Ehrentag gratulieren ihm nicht nur die Buchdrucker, sondern auch die gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Der Anschluß des Bildhauerverbandes an den Holzarbeiterverband ist in einer Urabstimmung der Mitglieder des Bildhauerverbandes abgelehnt worden. Von den abgegebenen Stimmen waren 1653 = 52 vgt. für und 1518 = 47,8 vgt. gegen den Anschluß. Die einfache Mehrheit wäre somit für den Anschluß gewesen. Da aber die Generalversammlung des Bildhauerverbandes eine Zweidrittelmehrheit forderte, ist die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband wieder abgewiesen worden.

Der Wechsritt des Lagerhalterverbandes zu dem Handlungsgesellenverband ist mit Jahreschluss erfolgt. Die "Lagerhalter-Zeitung" erscheint ab 1. Januar im Verlage des Handlungsgesellenverbandes vierzehntäglich unter dem Titel "Der Filialleiter". Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

Der Anschluß des Schiffszimmererverbandes an einen der bestehenden größeren Verbände war Gegenstand der Beratung in einer Konferenz, an der die Vorstände der Schiffszimmerer, Metallarbeiter und Holzarbeiter teilnahmen. Eine Generalversammlung des Schiffszimmererverbandes hatte letztzeit den Vorstand beauftragt, mit den Metallarbeitern und Holzarbeitern Rücksicht in der Tarifverhandlungsfrage zu nehmen. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß der Vorstand des Schiffszimmererverbandes erklärt, nach Lage der Dinge nur den geschlossenen Anschluß des Verbandes an den Holzarbeiterverband empfehlen zu können, weil die meisten seiner Mitglieder nur in Holz arbeiten und weil aus tatsächlichen Gründen eine Spaltung in Holz- und Metallarbeitern bei den Schiffszimmerern nicht erwünscht ist.

"Die Schiffer" nennt sich seit Beginn dieses Jahres das Organ für die Interessen der Seeleute, Binnenschiffer und Flößer Deutschlands, nachdem es mehr als 15 Jahre unter dem Titel "Der Seemann" seinen Aufgaben unentzogen, führt und unermüdlich gedient hat. Die Namensänderung ist nur aus Zweckmäßigkeitgründen erfolgt, da nach Vereinigung des Verbandes der Seefahrer mit dem Transporterarbeiterverband die Organisation immer näheren Zuspruch aus den Reihen der Binnenschiffer erhalten hat. Am 1. November 1897 erschien "Der Seemann" zuerst in einer Auflage von 1000 Exemplaren, und jetzt kann "Die Schiffer" in 30 000 Exemplaren in die Welt flattern.

Der nächste Schweizer Gewerkschaftstag wird Anfang September 1913 in Zürich tagen. Im Anschluß daran wird die Internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und, zum erstenmal, eine Konferenz der Vertreter der Landeszentralen mit allen internationalem Gewerkschaften stattfinden.

Neueste Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Nach den von der American Federation of Labor angelegten ihrer 22. Jahrestagerversammlung zu Ende November vorigen Jahres veröffentlichten Bericht, befindet sich die Gesamtmitgliedschaft dieser weitesten nördlichen Vereinigung amerikanischer Gewerkschaften zu Ende September des vorigen Jahres auf 1 841 286 Mitglieder. In abgerundeten Drehschlüssziffern zeigt die American Federation of Labor folgende Entwicklung ihrer Mitgliedschaft während der drei Jahrzehnte ihres Bestehens:

1881.....	50 000	1906.....	1 454 000
1891.....	240 000	1907.....	1 538 000
1901.....	787 000	1908.....	1 586 000
1902.....	1 024 000	1909.....	1 482 000
1903.....	1 485 000	1910.....	1 562 000
1904.....	1 676 000	1911.....	1 761 000
1905.....	1 494 000	1912.....	1 770 000

In einem Bericht über die finanzielle Entwicklung der American Federation of Labor kommt der gewaltige Zustandung dieses Gewerkschaftsverbandes wenigstens noch deutlicher zum Ausdruck. Im Jahre 1901 betraf sich das Budget des Verbandes in Einnahmen auf 174 Dollar, in Ausgaben auf 154 Dollar; im Jahre 1911 beliefen sich die entsprechenden Ziffern auf 182 188 und 175 324 Dollar, und zu vorigen datte betrugen sie 207 373 und 177 179 Dollar. Diese Ziffern sind die Folgen der äußerst lösungsfähigen Vertheidigung des Bruder Macnamara. Was die Streikbewegung erforderte, so waren die in der Zederraden vereinigten Gewerkschaften während des Streiks ab 1908 an 716 Streiks beteiligt, bei denen im ganzen 30 000 Arbeiter die Arbeit niedergingen. Gewonnen wurden 378 Streiks, 18 wurden auf dem Wege des Vergleichs erledigt, 273 sind noch nicht beendigt und 61 endeten mit der Niederlage der Streikenden.

Die Angaben über die Entwicklung der übrigen Gewerkschaftsverbände und Arbeiterorganisationen sind weniger zuverlässig, was zum Teil damit zusammenhängt, daß diese Verbände sich sehr auf dem absteigenden Fluß befinden. Die einst so mächtigen "Arbeitereriter" (Knights of Labour), die um Mitte des achtziger Jahre den größten Entwicklung erreicht hatten, sind heute zur Bedeutungslosigkeit zusammengebrochen. Ihre Einnahmen betragen 1887 die Quadratzecke von 197 000 Dollar erreichte während sie schon 1901 nur noch 10 256 Dollar betrugen. Gegenüber bestehen die unabdingbaren Eisenbahnerorganisationen immerhin einige Hunderttausend Mitglieder, während die industriellen "Industrial Workers of the World" einige tausend Mitglieder zählen. Eine Schätzung der Gesamtzahl der organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten wird somit etwa auf eine Ziffer von 10 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern geschätzt und einer halben Million Arbeiter herabgesetzt.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die American Federation 112 sogenannte internationale Gewerkschaften einschließt, das heißt Organisationen, welche sowohl Arbeiter der Vereinigten Staaten wie auch kanadische Arbeiter umfassen.

Märzzeitliche Rundschau.

Den christlichen Bergarbeiter im Saarrevier sind von ihren Führern wieder einmal trügerische Hoffnungen auf eine Besserung ihrer Lage erweckt worden. Man hatte die Knappen unter großem Lärm zu einer Lohnbewegung mobilisiert und vorgegeben, sie am 2. Januar in den Streik treten zu lassen, wenn der Bergfistus angedrohte Verhöhnungen nicht zurücknehme und einige beschiedene Forderungen ablehne. Vorher hatten die Christlichen Führer noch einen jesuitischen Streik gegenüber dem alten (freien) Bergarbeiterverband besucht. Sie hatten sich an die Leitung des freien Bergverbandes mit der Anfrage geworben, ob diese bereit wäre, in die Begegnung mit einzutreten, und als von dort die selbstverständliche Gegenfrage kam, ob man drüber auch alle Konsequenzen einer solchen Bewegung ziehen wolle, drückten sich die Christlichen Führer natürlich um eine bindende Erklärung, verbündeten aber die Freien nun mehr, daß diese die Interessen der Bergarbeiter nicht wahren wollen. Dann wurde für sämtliche 50 000 Saarbergleute die Kollektivkündigung zum 2. Januar eingereicht, worauf die Bergverwaltung ihnen noch höhnisch eine Anweisung gab, wie sie es noch einmal machen sollen, damit die Kündigung auch wirklich rechtssicherliche Form erhalte. Aber die ganze Kündigung war ja nur ein Läufungsmanöver für die Knappen; denn die Centralleitung konfertierte inzwischen mit den Rintzern und den Grubenverwaltungen und ließ sich schnell auf einige Tage Verhandlungen festlegen. Sie wußte nämlich selber ganz genau, daß ihre Organisation trotz aller großen Worte viel zu schwach war, um einfach in den Kampf treten zu können, und als man ein paar Riedersachen eingeholt hatte, wurden die Knappen zurückgeschissen. Eine Revierversammlung wußte sich schließlich, wenn auch unter tumultuarem Widerstand, mit den Zugeständnissen begnügen.

Die ganze Komödie stellt sich als ein mißlungenes Versuch dar, das Prestige der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Berliner Fabrikarbeitern wieder zu heben. Doch die Blamage ist wirklich groß, denn die Künigener-Gleibacher mügten nun annehmen, was ihnen zuerst selbst nur als eine töne Rausch erschien, während die Berliner es gleich als eindeutigen zufriedenstellenden Zugeständnis geprägt hatten.

Wie steht die Gegenstafe zwischen München-Gladbach und den Berliner Fabrikarbeitern auch im Saarrevier aufeinanderzuliegen, zeigt die Meldung, daß die Leitung der farblichen Fabrikteilung beschloß, eine Kommission vor 24 Mitgliedern, die aus Bergarbeitern der im Saarrevier beobachtenden zwölf Königlichen Bergwerkschichten besteht, einzusetzen, um über die Einhaltung der von der Bergwerksdirektion gegebenen Verordnungen zu wachen. Eine Revisionssitzung des christlichen Gewerkschafts hat dasselbe beschlossen, mit mit dem Unterschiede, daß dieser Kommission nur elf Mitglieder angehören.

Ehrenhafter Abgeordneter Tille. einer der bekanntesten wütenden Gegner der Arbeiterbewegung ist vor kurzem gestorben. Er war zuletzt Generalsekretär der süddeutschen Eisenindustriellen und spielte als solcher im Zentralverband der deutschen Industriellen eine große Rolle, trieb es aber in seinem Herrenmeinertum so eng, daß sich fast in diesen Seiten der Widerspruch gegen ihn zeigte und ihn jetzt die "Politische Zeitung" mahnt:

Tille verachtete den Riescheinismus, die Lehre vom Übermenschen, in die praktische Nationalökonomie überzuleiten, er verachtete die Unwirtschaftlichkeit des Unternehmens, die Städlichkeit jedes Sozialstaates, das heißt, er verwarf zunächst alle sozialpolitischen Maßnahmen und jedes gleichberechtigte Zusammengehen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er ging sogar noch darüber hinaus und betrachtete den Arbeitern das Recht, sich zur Erringung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen in Vereinigungen zusammenzuschließen. Den gewerkschaftlichen Gedanken verurteilte er als ein wirtschaftliches Entpreßrum, gegen das man den Strafstrafen zu Hilfe rufen müsse. Alle diese Gedanken, die auf eine ungehinderte Entwicklung des Unternehmens und auf eine vollständige Politierung und Preisgabe der Arbeitnehmer hinausließen, hatte er in ein Sottem gehabt, das er mit Hilfe von Zeitschriften, Zeitungskorrespondenzen, Schriften, Reden usw. in die Köpfe der Industriellen hineinzubringen versuchte.

Gewerkschaftliches.

Der Genossenschaftsrat haben erkannt: Der Konsumverein in Güstrow i. M., der Konsumverein in Scheibenberg und der Konsumverein "Selbsthilfe" in Schmiedefeld. Das sind nur 188 Betriebe mit 262 beschäftigten Personen, die dem allgemeinen Genossenschaftsrat unterstehen.

Die Eigenproduktion der Geschäftsausflugsellschaften deutscher Kaufmänner. Über die Produktionserhöhungen der Großraumausflugsellschaft macht Dr. Aug. Küller in der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" folgende Angaben: Die Seifenfabrik in Gröben ist so stark beschäftigt, daß der Bau einer zweiten, ebenso leistungsfähigen Seifenfabrik in einem andern Teile Deutschlands nicht mehr länger aufgezögert werden kann. Im Jahre 1913 wird mit dem Bau der zweiten Seifenfabrik in Düsseldorf beginnen werden. Im vorigen Jahre wurde das Lagerhaus in Riesa in Benutzung genommen, jetzt in Gröben das zweite Lagerhaus, in dem auch ein großes Manufakturwarenlager untergebracht ist. Eine Anzahl weiterer für das Gelände in Gröben in Aussicht genommene Produktionsbetriebe ist in der Ausführung begriffen, und es wird nicht

mehr allgemeine bauen, bis das gesamte dort zur Verfügung stehende Land bebaut ist. Auch die Vorarbeiten zum Bau eines neuen großen Lagerhauses in Hamburg sind im vorigen Jahre erheblich gefördert worden. Mit der Ausführung dieses Projektes wird wohl auch in der nächsten Zeit begonnen werden. Die Inbetriebnahme der Händlungsfabrik in Lauenburg stand im Herbst vorigen Jahres statt. Im 1. Januar 1913 ging die Nordhäuser Konditorenfabrik der Genossenschaft mit allen Aktien und Bassen an die Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine über. Zigaretten und Rauchwaren werden demnach von der Jahreswende an in den eigenen Betrieben der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine hergestellt. Die Erzeugung von Rauchwaren ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, so dass die gewissenschaflich organisierten Tabakgenießer binnen kurzen ganz unabhängig von privaten Unternehmungen sein können, wenn sie das wollen, das heißt, wenn sie ihre Tabake den Genossenschaften entnehmen. Alles in allem wird man sagen dürfen, dass die günstige Entwicklung, deren sich die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung erfreut, auch der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine zugute gekommen ist. Für sie ist das Jahr 1912 ein gutes Jahr gewesen. Diese geschäftliche Resultate von der genannten Genossenschaftsbewegung mit großer Begeisterung erwartet werden können.

Die Besitzverhältnisse der englischen Genossenschaftsgesellschaft der Konsumvereine haben nach mehrjähriger Agitation einem Weimellob für weibliche Angestellte und Arbeitnehmer zugewichen, der bei vierzehnjährigen Rädern A 5, bei 15 Jahren A 7, bei 16 Jahren A 9, bei 17 Jahren A 11, bei 18 Jahren A 13, bei 19 Jahren A 15 und bei 20 Jahren A 17 pro Woche beträgt soll. Diese Sätze sollen im Laufe des kommenden Jahres durchgesetzt werden. Vor vorigen Jahre und vor der gleichen Periode mit großer Majorität abgelehnt wurden.

Schönliche Kündchen.

Potentiellen. Zum Patentbüro C. Krueger & Co., Dresden, Sachsenstraße 2, kündigen billig. Wenn ein Seier irgendwelche Auskünfte in Schauspielgelegenheiten braucht, so wird er gebeten, das Patentbüro in Ansehung zu nehmen; es ist für ihn bestens.

Angemeldetes Patent: Nr. 22. W. 38.463. Verbindung zum Kaufmann der Ware aus dem Boden mit einem in den Felsen einfelsbaren, ein festsitzendes steigendes Sogen und mit einer vor dem Sonderbau fest und festbar angebrachten Arbeitssäge. Binter Bros. und Geschäftsf. Aufbauwerke. Ich u. Fritz Henzel. Vom Zug. 11. II. 11.

Freiließ. Patente: Nr. 22. 350.578. Bedien mit einer Art des Leibhafes belegenen Generation eines Sammeln. Beyer & Co., Berlin. Serien. Jährl. Zug. 9. I. 10. — Nr. 22. 350.579. Ladung zur Herstellung gefüllter Brotkörner aus mehreren in einer Reihe liegenden Glasröhrchen aus Glas, Flock und Grieß. Bubenberg, Bernau. Zug. 20. II. 11.

Gebrauchsmuster: Nr. 22. 334.470. Durchgehende mit Spülzähnen zum Reinigen der zentralen Pfeifenröhre. Dörrer & Gremmer, Erfurt. Zug. 18. 6. 12. — Nr. 22. 334.470. Doseckbrotkörner. Sint. Armand. Zugeschrieben. Zug. 4. 12. 12. — Nr. 22. 334.472. Verbindung zum Abtrennen Schweins und Lederfleisch von Fleisch aus Fleisch, Lederbäuchen, Würstchen. Zug. 27. II. 12.

Angemeldetes Schweizer Patent: Nr. 30. N. 2. 57.521. Herstellen und Herstellung zum Trocken von Früchten. Peter Müller, Direktor, Süderhausen. Zug. 28. 2. 11.

Stimmliste.

Zum Gewerbezug. Dieser Zug beginnt der Februar, mit dem die besondere kleinere Zeitchrift "Die Freien Stimmlisten" 17. Jahrgang beginnt. Der Roman geht zur Zeit der zivilen Revolution. Es geht um solche bewaffneten Gruppen, die politische Regierung gegen die Ritterei für eine neue, gute Zukunft. Das Bildnis und Leben der Regierung und ihrer Anhänger stellt sich bei freudiger Aussicht des Sozialismus als Romantik und Rechtsgedanken. Männer und Frauen und der Politik und dem Sozialen geben Gedanken in den Gedanken, in die Entwicklung, in den Tod. Das Drama bringt und zeigt viele leidende Gedanken der Menschen menschlich und nicht nur für politische Parteiem auf dem militärischen Boden der zweiten Weltkrieg. Einheitsmarkt-Nachrichten aus und die Schauspielkunst der politischen Revolutionen werden. Es befindet sich unter anderem eine Erzählung von unbekannter unbekannter Art in dem Buch. Es ist eine sehr leidende Arbeit, die nicht leicht zu schreiben. Sie kann nur einen Teil der Geschichte.

Schenk des Gewerbezuges wird gewiss eine wundervolle Stunde von E. T. A. Hoffmann, bestehend aus 24 Seiten, aus 64 Seiten, aus 12 Seiten gebildet.

Es ist eine sehr feine, sehr populär-entwickelte Art Schauspielkunst und der politischen Schauspielkunst. Das ist etwas, was in jedem Zug eine Rolle spielt.

Die Freiheit der Freien Stimmlisten kann nur über Geschichten von 10. 2. 1912. Der Sozialist muss erneut es über die Freiheit und die gute Gesellschaft in diese Form zu bringen.

Schulungen nehmen alle Schulungen. Spezialisiert und Schauspieler eingesetzt. Schauspieler erhalten eine kleine Schulung. Gewinn und Erfolg. G. m. b. H. Berlin.

Das neue Gewerbezug ist jetzt im Verlag bei Verlagsbuchhandlung im Verlag der Großdruckerei Berlin und Berlin G. m. b. H. Berlin SW. 10, erschienen. Sohn ist die eine Person. Der Reichstag und gegen die Sozialdemokratie der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie eingesetzter Sozialdemokrat und der Sozialdemokratie. Einigung politischer

befehlt, beschäftigen sich die beiden anderen mit dem Kriege. Die eine führt den Titel: "Krieg dem Kriege", und gibt einen Auszug aus den Reden, die gelegentlich des Außerordentlichen Internationalen Sozialisten-Kongresses gehalten wurden. Die zweite führt den Titel: "Die Grenze des Krieges", und gibt Darstellungen bürgerlicher Journalisten über die grausamen Verwüstungen, die der Balkankrieg angerichtet hat, wieder.

Alle drei Broschüren sind sehr interessant. Sie eignen sich auch besonders zu Massenverbrechungen. Der Einzelpreis beträgt 10. Organisationen erhalten bei Massenbeginn besondere Preise.

Anzeigen.

Verstärkt!
folgenden werden Kollegen nach ihren
sieben Stimmen:

Richard Nagel und Otto Kliener,
Richard Lange und Anna Hofmeister,
August Dassow und Emma Brumm,
Hans Lebekow und Hermine Dobberke

jur Verlobung
die herzlichsten Glückwünsche!

(A. 8.10) **Zahlstelle Schwerin i. M.**

Unser Kollegen Otto Schenknecht und
seiner lieben Frau

die herzlichsten Glückwünsche
zu
zur Vermählung!
(A. 3) **Zahlstelle Rostock.**

**Lehrstelle in kleiner
Bäckerei und Konditorei ges.**
auf dem Lande. Offerten erbeten nach Hamburg.
Ansiedlerstr. 22, part. 1 (A. 2.50)

Altona-Ottensen.

Grundstück in besserer Lage, passend für Konditorei und Café, zu verkaufen. Antragen unter A. V. 378
an Adolf Vogel, Elsdorf.

Nürzberger Bäcker- und Konditorhilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Berfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.
gegenüber dem Verbandslokal.

Münchner Seide und Gardinenhilfen
bedenken ihren Bedarf am besten bei
G. Preuß, Schneidermeister, Mutterstr. 10.

Künstliche Zähne, Plomben

Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung
Eduard Bade, Zahnarzt, Berlin II, Schönauer Allee 43
Bei der Orts- u. Innungskrankenkasse angestellt.

Nicht einen



Gehr. Polster mit Web. Nr. 5	W. 30
Gehr. Sack- und Rückenung	W. 40
Gehr. Sack- und Kissen	W. 250
Gehr. Mantel	W. 25
Gehr. Weste	W. 5

Unser Lager im neuen Garderobe enthält
eine Riesen-Auswahl in sparten, statt wechselnden
Saison-Neuheiten. Versand gegen Nachnahme.

Möbelgeschäft | Innend. & Co., München 10

Joseph-Schmid-Strasse 1 (Klein-Kreuzstrasse).

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht!

Schönhauser Allee 28. • Bäcker-Vorkehr.
Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.
Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schulz.

SENKINGWERK HILDESHEIM

Hofflieferant S. M. d. Kaisers :: Kgl. Bayr. Hofflieferant
empfiehlt sich zur Lieferung von

DAMPFBACKOFEN

aller Art

als Auszug-, Einschieß- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren zur Beheizung mittels fester Brennstoffe
oder Gas

ferner zur Einrichtung kompletter
Brotfabriken u. Bäckereien
auf Grund langjähriger Erfahrung

Bei Bäckereien eingeführte rührige
Platz-Vertreter gesucht

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitungsaufführung auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 12. Januar:

Altenburg: 2½ Uhr im Gewerbehaus. — Begr.-dort: 3 Uhr, "Deutsches Haus", Sachsenstraße. — Brandenburg: Im Gewerbehaus, Schulstr. 17. — Brandenburg (Generalversammlung): Vorm. 10 Uhr, "Deutsches Haus", Steinstr. 32. — Braunschweig (Generalversammlung): 3½ Uhr im "Fürstenhof", Stobenstraße. — Bremerhaven: 3 Uhr im "Bayerischen Hof", Lange Straße 18. — Chemnitz (Generalversammlung): 3 Uhr im "Colosseum", Zwickerstraße 162. — Cöthen a. d. R.: 2½ Uhr, "Stadt Cöthen". Steeler Straße. — Hagen-Schwarze: Vorm. 10 Uhr bei Schürholz, Hagen, Hochstraße. — Halberstadt. — Lübeck (Generalversammlung): 3 Uhr im Gewerbehaus, Johannisstraße 50. — Neustadt: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimer, Durter Straße 110. — Oldenburg: 3½ Uhr bei Beckhusen, Kurstr. 28. — Plau am See: 3½ Uhr im Gewerbehaus "Schillergarten". — Remscheid (Generalversammlung): 2½ Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — Rostock (Generalversammlung): 2½ Uhr, Bismarckberg 10. — Saarbrücken: 3 Uhr im "Tivoli", Gerberstraße 26. — Weiden: 1 Uhr, "Zur Sonne". — Wittberg (Salle): Vorm. 10 Uhr, "Zur Einigkeit". Löperstr. 1.

Dienstag, 14. Januar:

Darmstadt: Im Gewerbehaus, Bismarckstr. 19. — Eisenach: 4 Uhr, "Zur Loreley", Alexanderstraße. — Jülich i. W.: 5 Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. — Kalle a. d. S. (Völker): 3½ Uhr, Kleine Klausstr. 7. — Hamburg-Altona (Konditoren-Gauleigher): 3 Uhr bei Röhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 77. — Heidelberg: 3 Uhr, "Zum goldenen Adler", Hauptstr. 41. — Jena: 3 Uhr im Gewerbehaus, Johannisplatz. — Regensburg: 2 Uhr, "Zur Schillerlinde", Glockengasse 83. — Wittenberg (Salle): Vorm. 10 Uhr, "Zur Einigkeit". Löperstr. 1.

Mittwoch, 15. Januar:

Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Weißer, St. Ursula, Silberlaubstr. 16.

Donnerstag, 16. Januar:

Göttingen (Fabrikbranche): 8 Uhr, "Zum goldenen Kreuz", Langenstr. 37. — Riel (Konditoren): 3 Uhr im Gewerbehaus, Kühlstr. 7.

Freitag, 17. Januar:
Gerau (Konditoren): 8 Uhr im "Gelfenleiter", Juliusstraße.

Sonnabend, 18. Januar:
Überfeld: 8 Uhr im Volkshaus. — Berlin: 8 Uhr bei Ludwig Hahn, Schillerplatz. — London: 2 Uhr, Public House "King and Queen", Foley Street, City Cleveland Street, London W.

Sonntag, 19. Januar:

Dessau: 3 Uhr im "Tivoli", Amalienstr. 1. — Erfurt (Generalversammlung): 3 Uhr, "Zum König von Preußen", Jülicherstr. 9. — Görlitz (Völker): 3 Uhr, "Zum goldenen Kreuz", Langenstr. 37. — Hannover (Generalversammlung): 3 Uhr im Volkshaus, Kühlstr. 7. — Leipzig (Generalversammlung): 2 Uhr im Volkshaus, Jägerstraße 22. — Leipziger: Vorm. 9½ Uhr im "Völkerdruck", Neustadt 44. — Rostock: 4 Uhr, "Zur Glashalle", Höltigbergstr. 43.

Zur Zeitung verantwortlich: Julius Weißer, Göttingen, Silberlaubstr. 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Deutscher Buchdrucker und Verlagsbuchhändler Kutz & Co. in Göttingen.